die notwendigen Kräfte schöpfen, um ihrer kommunistischen Revolution einen neuen Antrieb geben zu können.

Noch ist die Galgenfrist der Regierungsbolschewisten nicht abgelaufen; noch können die leninistischen Demagogen den Kommunismus schänden durch den NEP-„Sozialismus", noch dringt die Stimme der KAP.-Arbeiter nicht bis ans Ohr ihrer russischen Klassengenossen — aber es kommt die Zeit, wo sich wie ein Phönix aus der Asche erneut die russische Proletarierrevolution erheben wird — trotz alledem!

Die 75prozentige Gewerkschaftsarbeit

Bekanntlich hat auf dem letzten Parteitag diese Floskel, vorgetragen von Thälmann, auch die Zugehörigkeit der KPD.-Genossen regeln sollen. Die gestellten Termine, bis zu denen alle Mitglieder in den Gewerkschaften sein sollten, sind verstrichen, ohne daß man es allzu ernst nahm mit den Ausschlüssen. Den „Gewerkschaftstag" möchte uns die KPD. gern zum Anlaß nehmen, diese „schwierige" Frage der Lösung ein Stückchen näher zu bringen, und so gibt sie in einem Aufruf vom 27. August wieder allerhand Verpflichtungen heraus, u. a.:

Alle Parteileitungen werden hiermit verpflichtet, in allen Ortsgruppen bzw. Zellengruppen und Zellen in der Zeit vom 1. bis 10. September, also noch vor der gewerkschaftlichen Werbewoche des ADGB. eine gründliche Kontrolle der Gewerkschaftszugehörigkeit der Parteimitglieder durchzuführen.

Alle organisationsfähigen Parteimitglieder, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, sind von den Leitungen besonders zu registrieren und in eine Sitzung der zuständigen Leitung zu berufen, damit sie die Nichtdurchführung der genannten Beschlüsse begründen. Außerdem beauftragt die Leitung Genossen mit der individuellen Beeinflussung dieser gewerkschaftlich nicht organisierten Parteimitglieder.

7. Bei Neuaufnahmen von Mitgliedern in die Partei muß der Aufzunehmende sofort auf die Gewerkschaftszugehörigkeit geprüft werden. Ist der Betreffende nicht gewerkschaftlich organisiert, so ist er zu sofortigem Eintritt in die Gewerkschaft zu veranlassen. Ist er nicht bereit, sich sofort gewerkschaftlich zu organisieren, obwohl das objektiv möglich ist, so ist er von der zuständigen Zellenleitung bei der Beschlußfassung über seine Aufnahme über die Pflicht zur gewerkschaftlichen Organisierung eingehend zu belehren. Die Zellenleitung kann den neueintretenden Mitgliedern eine Frist bis zu zwei Monaten gewähren, in der der Eintritt in die Gewerkschaft vollzogen werden muß. Wenn das Mitglied sich in dieser Frist nicht gewerkschaftlich organisiert, so ist es von der Zellenleitung zu laden und ihm die Streichung aus der Mitgliederliste der Partei mitzuteilen. Zentralkomitee der KPD.

Die KPD. hat es also mit ihren Dutzenden von Beschlüssen zur Gewerkschaftsfrage nicht allzu ernst genommen, sondern sich mit 75 Prozent begnügt. Die Genossen der KPD., die aus der Geschichte der Gewerkschaften zu lernen in der Lage sind, haben die proletarische Pflicht, der Zentrale und den „individuellen" Bearbeitern ihre antigewerkschaftliche Stellung so zu begründen, daß den Gewerkschaftsintrigen Hören und Sehen vergeht. Sie haben weiter die Pflicht, sich allen Ernstes darüber Rechenschaft abzulegen, ob sie weiter einer Partei angehören wollen, die nicht leben und nicht sterben kann, solange sie weiß, daß sie noch Mitglieder in ihren Reihen hat, die sich nicht mit Haut und Haaren der Konterrevolution verkaufen. — Die Massenorganisation des Proletariats ist die Allgemeine Arbeiter-Union.

„Rote Hilfe" und KAPD.

Im Bulletin der „Roten Hilfe" Nr. 8 vom August 1926 wird von der Bezirks-Konferenz Berlin-Brandenburg und der Lausitz berichtet, daß auch ein Vertreter der KAP. dort war.

Wir erklären, daß von der KAP. kein Vertreter delegiert wurde und wir mit dem dort anwesenden Vertreter nichts zu tun haben.

Wirtschaft

Die Arbeitslosigkeit

Nach der Statistik der Gewerkschaften.

Die Statisten der Gewerkschaften weisen, wie die amtlichen, für Juli für einige Berufe eine geringfügige „Besserung" auf, andere dagegen wieder Verschlechterung. Von den erfaßten Mitgliedern waren im Juli 17,9 Prozent gegenüber 18,3 Proz. im Juni arbeitslos. Kurzarbeitend waren im Juli 15,9 Proz., im Juni 16,4 Proz. Es ist also eine „Besserung" um einhalb Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der vollbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder beträgt jetzt 66 Proz. gegenüber 61 Proz. im April und 55,2 Proz. im Januar 1926.

In der Textilindustrie sank die Zahl der Vollerwerbslosen von 19,4 Prozent auf 18,4 Prozent. Die der Kurzarbeiter von 45,9 Prozent auf 41,4 Prozent. Stärker ist der Rückgang in der Schuhindustrie. Vollerwerbslose von 30,4 auf 28,9 Proz., Kurzarbeiter von 26,9 auf 20,6 Proz. Im Bekleidungsarbeiterverband hingegen stieg die Zahl der Vollerwerbslosen von 30,1 auf 33 Prozent, die der Kurzarbeiter gar von 22,3 Prozent auf 33,9 Prozent. Die Metall- und die Holzindustrie zeigen eine geringe Verschlechterung, ebenso Ernährungs-, Leder-, Porzellan- und andere Industrien.

Die Höchstzahl der Arbeitslosen wiesen die Hutarbeiter mit 40,3 Proz. auf. Es folgen: Sattler 33,2 Proz., Bekleidungsarbeiter 30,0 Proz., Holzarbeiter 29,0 Proz., Schuhmacher 28,0 Proz. Am niedrigsten vertreten sind die Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 1,8 Proz., Friseurgehilfen mit 4,1 Proz. und Buchdrucker mit 4,1 Proz.

Als Kurzarbeiter zählten die Textilarbeiter 41,4 Proz., Buchbinder 36,3 Proz., Bekleidungsarbeiter 33,9 Proz., Sattler 28,5 Proz., Metallarbeiter 26,7 Proz., Porzellanarbeiter 25,0 Proz., Schuhmacher 20,6 Proz., Tabakarbeiter 20,2 Proz. Die niedrigsten Ziffern verhalten sich wieder ähnlich wie die bei der Arbeitslosigkeit.

Die Gewerkschaften haben stets nur einen Teil ihrer Mitglieder statistisch erfaßt. Insgesamt weist die Gewerkschaftsstatistik eine Verschlechterung auf, da nur kleine Industrien geringfügig einstellten, die größeren dagegen viel mehr entließen. Auch den Gewerkschaftsstatistiken kommt keine größere Bedeutung zu, als den amtlichen. Auch sie registrieren nicht zifferamäßig Zu- und Abgang in und von Arbeitsstellen, sondern sie ziehen nur prozentual Bilanz auf Grund des vorhandenen Mitgliederbestandes, wie die Gewerkschaften aber selbst berichten, findet z. Zt. ein ziemlich starker Mitgliederschwund statt. Es ist aber anzunehmen, daß die arbeitslosen und ausgesteuerten Mitglieder am stärksten am Verlassen der Gewerkschaften beteiligt sind. Daraus kann am wahrscheinlichsten der „Rückgang der Arbeitslosenziffern" zurückzuführen sein.

Die enorme Arbeitslosigkeit in den einen, die niedrige, d. h. die verhältnismäßig günstige Konjunktur der anderen Berufe, beweisen drastisch, daß alle durch Lohnkämpfe heute erzielten Vorteile auf Kosten der schon schlechtgestellten Arbeiter gehen.

Arbeitslosigkeit in Belgien.

Die Inflation in Belgien ist in ein Stadium getreten, wo sie gegen die Produktion zu wirken beginnt. Trotz der enorm niedrigen Löhne und der zu diesen verhältnismäßig höheren Preisen, die belgische Waren auf dem Weltmarkt erzielen, ramscht das Kapital nicht mehr genügend Profite, um die ausländischen Rohstoffe bezahlen zu können. Verschiedene Industriezweige haben bereits einen weitgehenden Rückgang ihres Beschäftigungsgrades zu verzeichnen. So haben in der letzten Zeit in Brüssel allein 600 Druckereien ihren Betrieb einstellen müssen. Die Zahl der Arbeitslosen ist ständig im Wachsen begriffen. Man befürchtet, daß die Zahl der Arbeitslosen sich in den folgenden Monaten sehr erheblich vermehren wird.

Die Schmutzkonkurrenz bedeutet auch gleichzeitig ein Verschleudern und Aufzehren der Substanz. Schleuderkonkurrenz ist nur möglich auf Grund niedriger Löhne. Niedrige Löhne aber bedeuten Kaufkraftzerstörung, Konsumrückgang, Produktionseinschränkung. Alle kapitalistischen Maßnahmen stoßen heute notwendig auf die ehernen Schranken ihrer eigenen Widersprüche.

Die belgische (wie auch die französische)-Inflation, richtiger ihre oben geschilderten Folgen, wird sich erst richtig auswirken, nach der — schon bevorstehenden — Stabilisierung. Das deutsche und das englische Kapital, die sich schon darauf freuen, werden einen kleinen Vorteil davon haben, in dem sie einen Teil der belgischen (und französischen) Märkte erobern, — bis sie durch wütenden Konkurrenzkampf wieder aus den Positionen geworfen sind. Der Konkurrenzkampf bedeutet Lohndruck und die schärfste Ausbeutung in internationalem Maßstabe. So wird sich der Profitkampf der verschiedenen Kapitalismen auf den Rücken der Arbeiter auswirken, bis diese die gewerkschaftlichen Schein-Kampf-Ablenkungsmanöver erkennen und zum Sturz des Kapitalismus antreten, statt ihren Todfeind zu reformieren.

Steigende Arbeitslosigkeit in England.

Am 16. August betrug die Zahl der Arbeitslosen 1 580 500, d. h. 13 669 mehr als in der vorhergehenden Woche.

Trotz der steigenden Zufuhr von Streikbruchkohle nach England, trotz der Streikbruchsentendienste, die die KPD. dem Kapital leistet, indem sie die Proletarier in die Streikbruchgewerkschaften treibt, trotzdem die englischen Kumpels dadurch auf die Knie gezwungen, immer mehr in die Gruben gehen, trotz alledem beginnt sich der englische Kohlenarbeiterstreik auszuwirken.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei.

Infolge der schwindenden Kaufkraft [illegible] im Inlande (das kleine Land zählt 250 000 Arbeitslose und noch mehr Kurzarbeiter) und in den Exportländern und der hieraus resultierenden Anbaueinschränkung von Konservengemüsen zugunsten eines Linsenanbaues, befindet sich die Konservenindustrie in Znaim (Tschechoslowakei) in einer schwierigen Lage. Die Konservenindustrie arbeitet zur mit 10 Prozent ihrer Produktionskapazität und mit einer 80 bis 90 Prozent geringeren Arbeiterzahl.

Aus der Bewegung

Wuppertal

Einheitsfront-Praxis der KPD.

Gar nicht genug kann die KPD. schreien, daß sie die einzige Arbeiterpartei ist, die die Schaffung der Einheitsfront in Erbpacht genommen hat. In der „Roten Tribüne" vom 10. August 1926, KPD.-Organ des Wuppertals, findet sich ein Artikel: „Warum Einheitskomitee". Die SPD., die die Einheitskomitees ablehnt, muß sich von der „Roten Tribüne" sagen lassen:

„In schärfster Form aber versuchen die Reformisten die sich anbahnenden Einheitsbestrebungen zu diskreditieren.

Die „Volksstimme" in Hagen schrieb z. B. kürzlich von „Einheitsrummel, kommunistische Reklame, Grüppchen" und ähnliches mehr.

Sprechen wir es offen aus, die proletarische Einheitsfront ist kein „Reklameschild", sie ist ein Kampfbündnis gegen die Kapitalisten!"

Um dann, was wert ist, festgehalten zu werden, fortzufahren:

„Deutlich sehen wir, wie heute die Massen auf einen großen Teil ihrer Ansprüche, auf Ernährung, menschenwürdige Wohnungsverhältnisse, Bildung u. a. m. verzichten müssen. Diese Tatsache aber schlägt allen Reformierungsbestrebungen ins Gesicht. Wäre die Rationalisierung heute ein Teilchen „Sozialisierung", so müßte sie eine kulturelle Hebung des Proletariats zur Folge haben, als Waffe in der Hand des Kapitalismus zeitigt sie aber Verelendung.

In Hilspe werden in einer Holzschraubenfabrik neue Maschinen eingeführt, die statt 12 Schrauben 56 Stück in der Minute herstellen. Kein Mensch wird annehmen, daß die mehr erzielten 44 Schrauben auch mehr abgesetzt werden, sondern jeder weiß, daß die neuen Maschinen Entlassungen nach sich ziehen . . .

Die Rationalisierung zeigt schon heute in ihrem Anfangsstadium, daß der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist den Millionen Arbeitern in Deutschland Erwerbsmöglichkeiten zu garantieren und somit Brot und Leben.

In dieser Epoche ist das Bündnis der Arbeiter ein Gebot der Stunde!"

Betrachtet man nun die Einheitsfrontpraxis, so muß man feststellen, daß das Einheitsfrontgeschrei tatsächlich weiter nichts ist, als Reklame russischer Nep-Söldlinge, die unter der Firma „KPD." ihre Geschäfte betreiben. Dieser Debel, „Kommunisten", Redakteur Reimer, Solingen, wurde am 10. August in einer vom Erwerbslosenrat einberufenen Versammlung auf die Arbeitslosen losgelassen.

Der erste Teil des Referates, zur wirtschaftlichen Lage, bewegte sich in der Linie der oben von der „Roten Tribüne" festgehaltenen Sätzen. Dann kam R. auf den von der KPD. zum 15. August nach Düsseldorf einberufenen „Erwerbslosenkongreß" zu sprechen. Dieser Kongreß müsse die Plattform zum Kampfe um 50 Prozent Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den (kapitalistischen) Produktionsprozeß schaffen. Man vergleiche ersteren Teil des Referats mit seinen Schlußfolgerungen und man steht, allerdings soweit man kein „Leninist" ist, einfach baff da, ob solcher Weisheit. Jeder Uneingeweihte wird sich sagen: Erkläre, Du Graf Orlndur, mir den Zwiespalt der Natur. Für diese Arbeiter kann zur Erklärung dieses Widerspruches die aus derselben Nummer der „Roten Tribüne" entnommene, hier wiedergegebene Notiz beitragen:

Russische Aufträge für das Don-Gebiet.

Im Rahmen ihres großen Industrialisierungsprogramms geht die Sowjetregierung jetzt vor allem daran, die Kohlenförderungsanlagen, sowie die Hüttenbetriebe des Don-Gebietes in größtem Maßstabe zu modernisieren und auszubauen. Das Don-Gebiet, der „Ruhrbezirk Rußlands", war infolge der kapitalistischen Mißwirtschaft der Vorkriegszeit in viele kleine oftmals nicht genügend zusammenhängende Betriebe zersplittert, die in vielen Fällen sehr unmodern eingerichtet waren. Nunmehr ist nach Verhandlungen mit den deutschen schwerindustriellen Firmen eine Kommission von Sachverständigen aus dem Ruhrgebiet nach dem russischen Bergbaudistrikt gefahren und hat dort zu ihrer Ueberraschung festgestellt, daß die Sowjet-Regierung in der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens „eine angehende Aufbauarbeit geleistet" hat (während die deutschen Industriellen nur Abbauarbeit leisten.) Nach den bisher vorliegenden Meldungen dürfte wohl eine deutsch-russische gemischt wirtschaftliche „Donbassis-Schachtbau-Gesellschaft" gebildet werden, in der die Sowjetregierung die Majorität besitzt. Es sollen zahlreiche moderne Förderungsanlagen eingebaut werden und auch neue Bergwerke und Fabriken zur Errichtung kommen, die den Bedarf der vergrößerten Arbeiterarmee decken können (Möbelfabriken, Fahrradfabriken usw.). Ein großer Teil der Maschinen und Einrichtungen soll aus Deutschland bezogen werden."

Also wenn Rußland das deutsche Kapital zum Wiederaufbau braucht, die Revolution diesen Plan aber stören würde; deshalb muß man wider besseres Wissen den „Kampf" der Arbeiterklasse in den ausgetretenen Reformismus nauten. Bankrott festgestellten Bahnen der Reformismus nauten.

Wehe aber denen, die es wagen diesen Betrug der KPD. der Arbeiterschaft aufzuzeigen. Die SPD., welche die Ungefährlichkeit ihrer Pappenheimer (KPD.) für das Kapital kennt, überläßt daher den Radikalbetrug an der Arbeiterklasse der KPD. allein. Auch noch um den Preis, Diskreditierer der Einheitsfront zu sein. Anders aber verfährt die KPD. mit Arbeiter-Kommunisten. Vorweg sei zur Versammlung der Arbeitslosen noch bemerkt, daß der Parteibefehl, alle KPDisten müssen in der Versammlung erscheinen, ein offenes Geheimnis war. Als nun zur Diskussion Wortmeldung eines KAP.-Genossen einläuft, erfolgt prompt Antrag der KPD.: Den „Quertreiber, Spitzel usw." kein Wort zu erteilen. Auch wird von der Versammlung mit Mehrheit abgelehnt. Der Genosse nimmt das Wort. Er zeigt den Widerspruch des Referenten. Auch „Rot Front" hört ruhig auf die Ausführungen, bis der Genosse zur Aufzeichnung der Ursachen des Widerspruches kommt und aufzeigt, daß der Widerspruch die Folge der Abhängigkeit der KPD. von Rußland ist. Da sprangen die KPD.-Mannen wie von Skorpionen gestochen auf und brüllten. Im Schlußwort konnte sich der Herr „Obergenosse" nicht anders helfen, als mit den üblichen „Schmeicheleien", „bezahlter Agent, Provokateur" und dergl. mehr, zu arbeiten. Aber auch diese Polemik hat sein gutes für sich. Denn je mehr, je öfter man in Ermangelung sachlicher Argumente mit den Mitteln gegen uns arbeitet, um so weniger werden diese Leute ernst genommen. Ein weiterer Beweis, wie diese „Einheitsfront" aussieht, bewies die Wahl der Delegierten. Arbeitslose, von der Versammlung vorgeschlagen, wurden von der „Versammlungsleitung" überhaupt nicht zur Wahl genommen. Die Delegierten waren bereits im KPD.-Konventikel aufgestellt. Man brachte eine Mehrheit für sich zustande, aber nur dadurch, weil ein Teil von Arbeitslosen, angewidert von dem Treiben der KPD., den Saal frühzeitig verließ, und wir wissen, daß wieder die fälligen Progromartikel in der „Roten Tribüne" gegen uns folgen werden. Wir halten mit Karl Liebknecht, der in den „Politischen Aufzeichnungen" sagt: Gerade weil der Arbeiterklasse nach dem Kriege die wichtigsten Aufgaben zufallen, muß der gemeinplätzige Einigkeitsdiletantismus abgelehnt werden, muß die zum ernsten Kampf entschlossene Arbeiterschaft sich von trennenden Elementen freimachen, alle bewußt oder unbewußt gehemmen der offenen Verbündeten der Kirdorfs (ADGB.) aus ihren Reihen ausmerzen. Ein Verbrechen wäre jede Schonung, jede Phrase, unnebelte Einigkeitsmeierei; ihr Ergebnis wäre vielleicht ein längeres Schwert für die Arbeiterschaft, dafür aber eine Pappe statt aus Erz. Daß dem so ist, zeigt uns der Verlauf der Komödie von Düsseldorf. Vielleicht geht den Proletarsten die Augen doch bald ein Licht auf, so daß sie erkennen, daß die revolutionären Phrasen der KPD. nur der Köder sind, den man den Erwerbslosen hinwirft, um sie für schmutzige Parteigeschäfte zu angeln.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Rhein- und Westfalen.

Am Samstag, den 4. und Sonntag, den 5. September findet in Düsseldorf eine Bezirksbeirats- der AAU. und KAPD. statt mit folgender Tagesordnung: 1. Organisatorisches. a) Tätigkeitsbericht des BAA. b) Bericht der Ortsgruppen. c) Kassenbericht. 2. Die wirtschaftspolitische Lage und unsere Aufgaben (Werktätigen Kongreß). 3. Stellungnahme zur Reichskonferenz. 4. Verschiedenes. — Lokal und genauer Zeit wird durch Rundschreiben bekannt gegeben.

U.-Bezirk, Erzgebirge-Vogtland KAP. u. AAU.

An Sonntag, den 5. 9., findet eine U.-Bez.-Konferenz mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben. — 2. Organisatorisches. a) Bericht der U.-Leitung. b) Bericht der O.-Gruppen. c) Aufbau eines ständigen Bezk. Erzgeb.-Vogtl. — 3. Bezirkskonferenz. — 4. Wahl des Delegierten. b) Anträge. — 4. Reichskonferenz. — 5. Jugend. — 6. V. R. U. K. — 7. Presse. — 8. Allgemeine Tagungsort: Chemnitz bei Gen. Oswald Otto, Clemnitztalstraße 4, H. Nähe Gasthof „Schelbe".

Erscheinen aller Ortsgruppen ist Pflicht. Alle Ortsgruppenleiter und Leser der revolutionären Presse sind eingeladen.

Die U.-Bez.-Ltg. KAP. u. AAU.

Groß-Berlin

Arbeitsausschüsse.

Dienstag, den 31. August, abends 7½ Uhr, kombinierte A.-A.-Sitzung der Partei und Union.

Funktionäre.

Mittwoch, den 1. September, abends 7½ Uhr, kombinierte Funktionärsitzung der Partei und Union bei Königs, Langestraße. (An der Fruchtstraße.)

Oeffentliche Diskussionsabende.

Am Donnerstag, den 2. September, abends 7,30 Uhr: in Cöpenick (16. Unterbezirk) im Lokal Ernst Reich, Bahnhofstraße, Ecke Kaiser Wilhelmstraße. — Am Freitag, den 3. Sept., abends 7,30 Uhr, Lokal Kottbuser Krug, Kottbuser Straße 18.

Thema: Die Krise der Internationale.

Alle KPD.- und RFB.-Genossen sind besonders eingeladen.

Erwerbslosenkongreß.

Die Neukölln. [illegible] am Dienstag, den 31. August, [illegible] Frische, Mittelweg.

Erwerbslose.

Oeffentliche Gruppensitzung vormittags 11 Uhr, im Lokal [illegible]

Freitag, den 3. September, [illegible] Versammlung der AAU. im Lokal Fränzel, Thema: „Proletarische Organisation". Sympathisierende haben Zutritt.

3. Bezirk (Wedding). abends 7.30 Uhr, Versammlung. Referent: Genosse [illegible] „Kommunismus und Militarismus." Sympathisierende haben Zutritt.

Kommunistische Jugend.

Am Dienstag, den 31. August, abends 7.30 Uhr, ist die Vollfunktionärversammlung. Kassierung findet statt. Ort ist der alte.

Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Genossen, die Sportkommende haben, der nächsten Mitgliederversammlung wird pünktlich begonnen! Zuspätkommende Verantwortung über die Versäumte in der Mitgliederversammlung zu tragen!

Herausgeber und Verleger: Neukölln. Druck: [illegible] Berlin.

Für den Inhalt verantwortlich: Karl Sala, [illegible]

7. Jahrg. Nr. 69

Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks- Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

September 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 15)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

England

Wer übt Verrat?

In den letzten Tagen hat die III. Internationale einen „Erfolg" buchen können, an den sie wohl selbst nicht dachte. Die deutschen Gewerkschaften haben zur Solidaritätsaktion aufgerufen — natürlich lediglich zum Sammeln von Geldern. Hätten sie nicht aufgerufen, wäre die KPD. auf diesem Stiefkenpferd, das nur die III. Internationale übt, bestimmt bis zum bitteren Ende auf dem Schlachtfeld umhergeritten. So hat die IAH. darauf verzichtet, das Monopol der Sammelaktion für sich in Anspruch zu nehmen, und es ist der KPD. einerlei, ob die Arbeiter auf die Listen des ADGB. oder der IAH. zeichnen. Wir erleben, daß der Internationale Gewerkschaftsbund gerade in dem Zeitpunkt die Forderung der III. Internationale auf „Solidarität" realisiert, wo die Entscheidung unvermeidlich heranreift. Und man wird nach dem Fallen des Vorhanges des Kampfes in England an allen Enden und Ecken hören, daß der IGB. seine Pflicht getan, aber die Entscheidung nicht ändern konnte. Denn mehr als die III. Internationale fordert, kann man doch wirklich nicht verlangen. Diese Taktik, mit den Silberlingen der Proleten neben den Beiträgen — die Anleihe muß nebst Zinsen zurückgezahlt werden — sich den Glorienschein der Klassenkampfes zu geben, um mit gutgeheuchelter Teilnahme dem historischen Charakter des Kampfes in England und den Bankrott der reformistischen Politik zu verwischen, und bis zu einem gewissen Grad der schon jetzt sichtbare Erfolg dieser Taktik, ist das Ergebnis, die reife Frucht der Politik der III. Internationale. Ihre ganze Kritik erweist sich als Bluff. Am Ende stand der Erfolg: „Zwingt den ADGB." — Damit ist eigentlich schon die Rolle der III. Internationale charakterisiert als die des Helfers in der Not gerade in dem Augenblick, wo aus der gesamten Bewegung die Bilanz gezogen werden muß, die nur lauten kann: Diese „Internationale Solidarität" war das Gegenteil, es war ein nationaler Egoismus, es war eine hundsgemeine, verräterische Ausnützung der durch den englischen Kampf geschaffenen, vorübergehend günstigen Lage des deutschen Kapitals. Man hat für die Millionen, die der deutsche Bergbau profitierte, einige Prozente denen gegeben, durch deren Kampf das deutsche Kapital in die Lage gesetzt wurde, diese Millionen zu ergatern. Und diese Prozente bezahlen die deutschen Proleten noch obendrein selbst.

„Wir haben Beweise dafür, daß die Russen dafür sorgen, daß bei den Lieferungen von Naphta nach England nicht mehr Arbeiter beschäftigt werden als früher, so daß auch nur die normale Quantität Naphta nach England ausgeführt werden kann." Diese Sätze, die der „Roten Fahne" entnommen sind, und die Purcell zum Besten gab als Beweis für den „Kampfcharakter" der III. Internationale, müssen jedem Arbeiter schon genügen, den wahren „Kampf" der III. Internationale zu erkennen. Die englischen Gewerkschaftsführer sind auf der Reise nach Gelt, und sie erhalten es wirklich nirgends ganz umsonst. So wie sie dazu schweigen müssen, wie die deutschen Gewerkschaften aus der durch den Streik geschaffenen Lage Kapital schlagen, so müssen sie auch für das russische Geld die III. Internationale und ihre normalen Handelsbeziehungen zu England als eine nebensächliche Angelegenheit hinstellen. In Wirklichkeit zeigt die Tatsache, daß der Kampf der III. Internationale das russisch-englische Geschäft nicht im geringsten stört, den wahren Charakter des Kampfes der III. Internationale gegen England. Die Millionen, die Moskau zahlte, sie sind eine außenpolitische Aktion, um der Politik Moskaus bei den englischen Arbeitern Kredit zu verschaffen. Diese außenpolitische Aktion, die mit revolutionärem Kampf nichts zu tun hat, bezahlen die russischen Proleten.

Wir sagen damit beileibe nicht, daß sich die revolutionäre Solidaritätsaktion des internationalen Proletariats nur äußern kann im gemeinsamen Kampf um die Macht gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande. Aber gerade darum: Wenn Rußland als „Arbeiterstaat" nicht sofort mit der Tat vorangeht und sofort jede Zufuhr sperrt, und diese Tat zum Ausgangspunkte einer Aktion macht, als Signal, als Beispiel wirken läßt, hat es das Recht verwirkt, die Sperrung der Kohlenzufuhr von den deutschen Gewerkschaften zu verlangen. Nicht darauf kommt es an, ob „viel" oder „wenig" geliefert wird, sondern darauf, **sich in eine Front mit dem kämpfenden Proletariat zu stellen.** Der englische Generalstreik und der ihm folgende Bergarbeiterstreik konnte nur politisch und moralisch gestützt werden, wenn die Internationale, die immer noch das Recht in Anspruch nimmt, den Klassenkrieg gegen das Kapital zu führen, im Moment der akuten Krise aufgetreten wäre mit revolutionären Parolen und Taten. Der demonstrative Abbruch aller Handelsbeziehungen mit England und die Aufforderung an die Arbeiter der Welt, den englischen Arbeitern zu Hilfe zu eilen, die Aufforderung an die englischen Arbeiter, den Kampf um die Macht aufzunehmen; dieser Ruf, gepaart mit der Tat selbst, hätte zumindest die Kräfte geweckt, die, ganz gleich wie letzten Endes die Entscheidung fiel, das englische und das internationale Proletariat ein groß Stück vorwärts gebracht auf dem Wege zur ideologischen Reife und hätte damit den Prozeß der grausam langsamen Selbstüberwindung abgekürzt. Er wäre der Auftakt zur revolutionären Wiedergeburt des englischen Proletariats und auch des internationalen Proletariats gewesen und hätte gerade den Gedanken der internationalen Klassensolidarität, der noch fast gar nicht Wurzel geschlagen hat, zum Durchbruch verholfen. — Daß dies nicht geschah, ist eben der Beweis, daß die III. Internationale ihre guten Jahre hinter sich hat und eingeschwenkt ist in die Linie des Verrats an der Revolution. Wenn heute sich die Amsterdamer und Moskauer Reformisten in radikalem Geschwätz zu überbieten suchen, so ist mit dieser Auseinandersetzung das Kernproblem nicht berührt. Sie müssen beide um die Kernfrage herumgehen. Wenn daher die KPD. die Forderung stellt: Einstellung der Kohlenzufuhr nach England, so macht es sich notwendig, auch dazu einiges zu bemerken.

Die KPD. hat mit ihren Parolen: Arbeit für die Arbeitslosen, Einreihung in den Produktionsprozeß usw. in jahrelanger Propaganda den Boden dafür vorbereitet, daß die Arbeitslosen die erste beste Gelegenheit am Schopfe nehmen werden, um diese Parolen zu realisieren! Die KPD. hat gerade in den Kohlenbezirken die Unionen und mögen ihre Mängel bezüglich revolutionärer Taktik auch zugegeben sein, so bildeten sie doch einen gesunden Kern revolutionärer Arbeiter neben und gegen die Gewerkschaften — zerschlagen, und damit jeden Stützpunkt für eine revolutionäre Aktion liquidiert. Die KPD. hat mit ihrem Geschrei von der Stabilisierung des Kapitalismus im Proletariat jeden Glauben an revolutionäre Möglichkeiten ausgerottet und das Proletariat darauf vorbereitet, sich mit den Notwendigkeiten der kapitalistischen Ordnung abzufinden. Die KPD. hat die Proletarier in die Gewerkschaften zurückgetrieben und ihnen jede selbstständige Aktionskraft genommen. Die KPD. verpflichtet die eigenen Mitglieder, keine Aktion in den Gewerkschaften zu unternehmen, die zur Spaltung führen könnte. Die KPD. und die III. Internationale haben die Amsterdamer Streikbrecher-Internationale als die Organisation des Proletariats von neuem auf den Schild gehoben und vor ihrer verräterischen Taktik kapituliert. Dieser systematische Kampf gegen jede Aktionskraft, gegen jede selbständige Klassentat und Organisation, hatte den Erfolg, den die Sozialdemokratie 1914 zu buchen hatte: Man erzieht das Proletariat zum Reformismus, zum Chauvinismus, um sich bei der Unmöglichkeit, mit diesem Proletariat eine revolutionäre Taktik durchzuführen, dann auf das Proletariat berufen zu können. Die Taktik der KPD. besteht darin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ihre Parolen keinen Boden finden, um so gefahrlos den Parolenschimmel reiten zu können. Es ist die Taktik der abgrundtiefsten Verlogenheit, der Zweideutigkeit, der Phrase, des Verrats. Was sollen die Ar-

(Schluß Seite 2.)

Pangalos und die unsichtbaren Kräfte

Oder: Die Idee der Kanoniere.

Der „Vorwärts" zieht wieder einmal mächtig vom Leder. Pangalos zu kurze Kanonenrohre und Primo de Rivera's kindliche Artillerie haben es ihm mächtig angetan. Dazu: ein bischen Rußland-Historie und — die geistige Demobilmachungskrise befindet sich auf dem Wege zu ihrer Ueberwindung. Gemeint ist damit selbstverständlich nicht der politische Bankerott der Sozialdemokratie. Der läßt sich auch nicht durch geistige Akrobatenstücke des „Vorwärts" aus der Welt schaffen. Dieser konstruiert eine geistige Demobilisationskrise der „Gewaltanbetung" mit der Moral: „Der Weg zur europäischen Demokratie öffnet sich". Und darin liegt Methode. Den Arbeitern, die durch den Kampf der KPD. für die schwarzrotgoldene Demokratie gegen das größere Uebel der faschistischen Gefahr, ohnehin unsicher geworden sind, wird so der „Unsinn" der proletarischen Diktatur beigebracht. Umso notwendiger ist es, das Gefasel des „Vorwärts" unter die Lupe zu nehmen.

Der konzentrierte Blödsinn des Artikels „Krise der Diktatur" vom 30. 8. wird in folgender Gegenüberstellung klar ersichtlich: „**Aber die anonymen gesellschaftlichen Triebkräfte sind stärker als die Gewehre und die Kanonen.**" Einige Sätze weiter heißt es dann: „Kanonenrohre sind totes Material und keine Macht — die geschichtliche und die politische Idee, die die Kanoniere beseelt, lassen sie erst zu Machtmitteln werden. Die Idee aber ist es, die sich gegen den aus der Demobilmachungskrise geborenen Geist des blinden Glaubens an die materielle Gewalt richtet."

Die Idee ist aber abhängig von der Materie, d. h. vor allem von dem ökonomischen Unterbau der menschlichen Gesellschaft. Die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, in denen die Menschen stehen, bestimmen ihre Ideologie und ihr Handeln. „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewußtsein der Menschen." Dieses marxistischen Grundsatz kann der „Vorwärts" nicht bei der Betrachtung der gestürzten griechischen und der wankenden spanischen Diktatur gebrauchen. Denn sonst würde er der Frage näher kommen: warum ist Pangalos gestürzt und Primo de Rivera in starker Bedrängnis, warum entwickelt sich Rußland zur Demokratie?

Und die Logik des „Vorwärts", daß die bürgerliche Demokratie sich auf dem Siegeszug befindet, wäre unmöglich. Der Zweck des „Vorwärts"-Artikels war ja der, die deutschen Arbeiter von der Gewaltanbetung zu kurieren. Die Arbeiter sollen nicht den revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsweise, die sich am Ende ihres Lateins befindet, aufnehmen, sondern in selbstmörderder Weise Ruhe und Ordnung respektieren „in der Welt des Friedens, in der sich langsam, aber unerbittlich, große geschichtliche Wandlung vollzieht, getrieben von Kräften, die nicht sichtbar und fühlbar sind wie Kanonenrohre". Populär ausgedrückt heißt das: Nur kein Blutvergießen, nur keine Gewalttaten gegen das dreimal geheiligte kapitalistische Privateigentum, nur keine Ueberstürzung, es kommt doch so, — langsam, aber sicher —, wie es kommen soll, — so ganz von allein, von übersinnlichen Kräften bewerkstelligt.

Nur plattester Vulgärmarxismus kann die Frage: Demokratie und Diktatur, in derartig oberflächlicher Weise lösen wollen. Der Staat an sich ist als politische Herrschaftsinstrument derjenigen Klasse, die die ökonomische Macht inne hat. Er verkörpert ein für allemal die Diktatur der herrschenden Klasse, gleich: welche Staats- und Regierungsformen sich aus der ökonomischen Grundlage, deren Ueberbau der Staat ist, der Produktionsweise ergeben. Auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung geraten die Produktivkräfte, die Technik, in Widerspruch mit der herrschenden Wirtschaftsweise, sie können sich im Rahmen der alten Produktions- und Eigentumsverhältnisse nicht weiter entwickeln. Bis durch die ökonomische und politische, die, gesellschaftliche Revolution neue Produktions- und damit Eigentumsverhältnisse entstehen, die eine Höherentwicklung der Technik ermöglichen.

So sprengte

interessiert waren. Diese mit Gewalt gegen die Gewalt der herrschenden Klasse durchzuführen. Erst durch die menschliche Tat konnte sich die bürgerliche Revolution vollziehen und neue, kapitalistische Produktions- und Eigentumsverhältnisse und dadurch die gewaltige Entfaltung der Produktivkräfte ermöglichen. Diese neuen Verhältnisse bestimmten auch den politischen Ueberbau der konstitutionellen Monarchie oder — als idealsten Ausdruck, den der demokratischen Republik. Die formale Demokratie ist die geeignetste Form der Diktatur der Bourgeoisie, sie ermöglicht es dem bürgerlichen Staate am besten, seine Funktion zum Schutz der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse auszufüllen. — mit Zuckerbrot und Peitsche.

Wir befinden uns wieder in einer Periode der sozialen Revolution. Die gesellschaftlichen Produktivkräfte können sich nicht weiter entwickeln. Die Produktivkraft steht im Gegensatz zu den vorhandenen zahlungsfähigen Absatzmöglichkeiten. Der Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß gesprengt werden, wenn nicht die Arbeiterklasse letzten Endes in der Barbarei untergehen will. Die Arbeiterschaft ist die historisch dazu berufene Klasse. Totengräber des Kapitalismus zu sein und die vergesellschaftete Produktion von der kapitalistischen Aneignung zu befreien durch die Enteignung der Bourgeoisie und Zertümmerung ihres Staatsapparates, durch die Uebernahme der wirtschaftlichen und politischen Macht.

Wie liegen also die Dinge in Griechenland und Spanien? Diese Länder, wie auch Italien, sind noch ökonomisch rückständig. Die kapitalistische Produktionsweise ist dort noch nicht ausschlaggebend, das Proletariat ist deshalb schwach. Während in den modernen Industrieländern alle anderen Interessengegensätze hinter dem großen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zurücktreten, sind diese Länder durch ihre eigentümliche ökonomische Struktur, sowie dadurch, daß sie bereits in den Kreis der imperialistischen Gegensätze und der kapitalistischen Wirtschaftskrise einbezogen sind, Tummelplätze fortwährender Cliquenkämpfe. Solange nicht ein bestimmtes Gleichgewicht gefunden ist, wechseln in diesen Kämpfen zwischen Großgrundbesitzern, Bauern, Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat Diktatoren einander ab. Die Diktatur einer Gruppierung wird selbstverständlich, sobald und soweit es in ihrem Interesse liegt, auch die Form der formalen Demokratie annehmen.

Diese ökonomisch zurückgebliebenen Länder sind der Mutterboden des Faschismus, des Versuches, mit politischer Gewalt einen nationalen Burgfrieden zu schmieden und den Klassenkampf zu verhindern. Unmöglich ist dieser Faschismus z. B. in Deutschland, wo die Bourgeoisie durch die demokratische Republik ihre verschleierte und dennoch unmittelbare Herrschaft ausüben kann.

Während diese Tatsachen so klar vor uns liegen, hatte die „Vorwärts" eine gefährliche Waffe, die er geschickt anzuwenden versteht. Das ist Rußland. Deshalb so gefährlich, weil Rußland von den KPD.-Führern, diesen russischen Staatsbeamten, als Ideal des proletarischen Staates hingestellt wird, der im sozialistischen Aufbau begriffen sei. Demgegenüber hat die SPD. es leicht, an Hand von Tatsachen nachzuweisen, daß Rußland heute eine kapitalistische Entwicklung durchmacht und sich zur Demokratie „durchringt". Also, sagen die Sozialdemokraten, haltet fest zur demokratischen Republik. Die Russen wollten mit Gewalt den Kommunismus verwirklichen, aber ihr seht: nach vielen, unnützen blutigen Opfern müssen sie doch, durch die Macht der Verhältnisse dazu gezwungen, unserem bewährten Weg nachgehen. Also kommt zu uns, wir sind die Götter.

Tatsächlich muß man heute Rußland in Parallele nehmen mit Griechenland, Spanien usw. Das verhältnismäßig kleine russische Proletariat kann ohne aktive Hilfe des internationalen Industrieproletariats nicht das gewaltige Agrarland sozialistisch aufbauen. Das war 1921 durch das einstweilige Ausbleiben der Weltrevolution besiegelt. Wenn trotzdem die Bolschewisten die politische Macht behalten haben, so ist es ihnen nur möglich, nach faschistischen Methoden zu regieren, zu versuchen, die sich verschärfenden Klassengegensätze zu überbrücken. Auch diese politische Machtausübung muß, trotzdem sie sich nach den „Bedürfnissen der Wirtschaft" richtet, demokratisiert werden, wofür ein Beispiel die letzten Sowjetwahlen sind. Von „Diktatur des Proletariats" und „sozialistischem Aufbau" können nur noch Betrüger und abergläubige Moslims sprechen.

Bei alledem ist aber von geheimnisvollen Kräften nichts zu spüren. Wir sehen überall, daß nicht die Idee oder blinde Gewaltanbetung maßgebend sind. Die Arbeiterklasse hat sich nicht damit verblöden zu lassen, sondern sie hat die materiellen Bedingungen ihrer Befreiung zu erkennen. Die ökonomischen Vorbedingungen sind in Deutschland gegeben. Die Arbeiter müssen sich losmachen vom demokratischen Schwindel. Die Beseitigung der kapitalistischen Diktatur und die Aufrichtung der revolutionären Rätediktatur gegen alle Feinde der Arbeiterschaft sind der Weg, der über die Enteignung der Enteigner zur kommunistischen Bedarfswirtschaft führt. Nur wenn die Arbeiterschaft diesen revolutionären Weg des Sturzes der Diktatur der kleinen Schicht der Kapitalisten über die großen Massen des Proletariats beschreitet, wird sie aus der kapitalistischen Hölle herauskommen und über die proletarische Diktatur gegen die Minderheit der Kapitalisten und ihrer Knechte der sozialen Demokratie, der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft entgegen gehen.

Die Sozialverräter, die heute mit ihrem Gerede von toten Kanonenrohren und der Idee der Kanoniere dem Proletariat die bürgerliche Republik schmackhaft machen wollen, werden dann, wenn die Proleten zum letzten Gefecht bereit sind, in einer Front mit den Kapitalisten die toten Kanonen und Maschinengewehre durch die weiße Soldateska lebendig machen. Aber alles wird diesem Gesindel nichts nützen, sie werden dennoch den verdienten Lohn empfangen.

England.

(Schluß von Seite 1.)

beiter tun, sollen sie den ADGB. „zwingen", oder die Parolen der KPD. durchführen? Sie können nicht zween Herren dienen, und dienen dem ADGB. — und damit auch der KPD. und der III. Internationale, die mit proletarischem Kampf so wenig zu tun haben wie der ADGB.

Internationale Solidarität ist Tat! Diese Tat fällt nicht vom Himmel. Diese Tat der internationalen Solidarität des Proletariats ist die Frucht der revolutionären Erziehungsarbeit des Proletariats durch die revolutionäre Partei. Diese internationale Tat wird nie getan werden, wenn das Proletariat sie nicht im Interesse seiner Klassenlage für notwendig hält. Die Erziehung zur internationalen Klassentat ist der Kampf gegen Führerglaube und Führerbevormundung, ist der Kampf um die Erkenntnis, daß der Ausweg aus der kapitalistischen Hölle nur in der proletarischen Revolution liegt und daß diese Revolution nur möglich ist durch die internationale Klassensolidarität der-Tat. Diese Erziehung zur internationalen Solidaritätsaktion ist die Erziehung des Proletariats zur selbständigen Klassenpolitik, zur revolutionären Taktik und Organisation. Die Basis der revolutionären Erziehung muß sein die Auswegslosigkeit der kapitalistischen Ordnung. Dieser Gesichtskreis allein schafft die Voraussetzungen zum immer neu ausholenden Stoß der Arbeiterklasse in dem krisengeschwängerten Ablauf der kapitalistischen Niedergangsepoche. Und nur in diesem selbständigen Kampf lernt das Proletariat gegebene reale Möglichkeiten zum Ausgangspunkt des großen Kampfes um die politische Macht in jedem Lande zu nützen. Nur diese geistige Emanzipation des Proletariats durch die revolutionäre Partei und ihr Beispiel kann letzten Endes bewirken, daß das Proletariat eines jeden Landes den Kampf seiner Klassengenossen in anderen Ländern als den eigenen empfindet und jede Gelegenheit nützt, den Zusammenschluß der Weltarmee des Proletariats im Kampfe zu erreichen, um so seine historische Pflicht zu erfüllen.

Das revolutionäre Proletariat hat ein Recht darauf, hat die Pflicht, den deutschen Arbeitern ins Gesicht zu sagen: Es gibt keine Solidarität unter dem Kommando der Gewerkschaften. Die Pfennige, die ihr mit großer Geste in den Klingelbeutel werft, **dienen der Unterstützung der Politik der deutschen Gewerkschaften und damit dem deutschen Kapital.** Es sind die Pfennige des Spießers, die dieser dem notleidenden ehemaligen Freund gnädigst zukommen läßt, um sich für weitere Verbindlichkeiten loszukaufen. Durch diese Taktik steigen die Aktien der deutschen Kohlenbarone, erhält die deutsche Bourgeoisie eine Atempause zur Regelung ihrer Schwierigkeiten der eigenen Wirtschaft, wird das deutsche Kapital, euer Klassenfeind, in seiner Position gegen euch selbst gestärkt. Ihr hattet die Pflicht, den Kampf der englischen Bergarbeiter zu nützen für euere Interessen, für euere Revolution. Ihr habt es nicht getan, die Phrasen der KPD. und des ADGB. kommen eurer unsolidarischen Einstellung entgegen und lügen ein paar Bettelpfennige Zulage im Bergbau in eine „Solidaritätsaktion" um. Die Früchte werden reifen, durch diese Taktik mußte der englische Generalstreik zusammenbrechen, **weil der revolutionäre Einfluß des deutschen Proletariats,** die revolutionären Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse nicht genützt, vom deutschen Proletariat vergessen wurden. Erst recht müssen — durch die reformistische Taktik — die englischen Bergarbeiter verbluten, und die gedrückten Löhne und die verlängerte Arbeitszeit wird auch die Geißel für die deutschen Arbeiter werden.

Bis aus den Niederungen schmutziger Geschäftspolitik und reformistischen Verrats, aufgepeitscht durch die sich immer enger ziehende Spirale kapitalistischer Weltwirtschaftsbedingungen der proletarische Riese sich erhebt wie ein Phönix aus der Asche, die proletarische Revolution und proletarische Klassentat mit feurigen Zungen zu predigen mit entschlossener Faust durchzuführen lernt und aus dieser Erkenntnis die neue Internationale, die Internationale der Revolution wächst, zu der die KAPD. der erste Grundstein ist.

Politische Rundschau

Genf.

Sie konnten zusammen nicht kommen.

Je näher der Termin rückt, wo die deutsche Republik in den Himmel des Völkerbundes eingehen soll, desto größer werden wieder einmal die Schwierigkeiten. Das französische Kapital hat seine Truppen noch im Ruhrgebiet, und das deutsche Kapital, das den Sachverständigen Breidscheid mit nahm, möchte natürlich mit der unschuldigsten Miene von der Welt die Räumung so nebenbei erreichen, eine Sache, die jeder Mensch als „gerecht" empfinden muß — außer dem französischen Imperialismus, der von „Abrüstung" eben so wenig wissen will, wie jeder noch „aufgerüstete" kapitalistische Staat. Spanien wehrt sich dagegen, daß die Tangerfrage in den Bereich der Entscheidungen des Völkerbundes gezogen wird, und inwieweit ein Zusammenspiel Frankreich—Spanien stattfindet, erklärt sich daraus, daß Spanien wieder mit dem Anspruch auf einen ständigen Ratssitz auftritt, um im Interesse Frankreichs die Verzögerung um den Preis von Konzessionen in Marokko herbeizuführen. Eine Rolle spielen auch die Vorgänge im Osten, wo Rußland sich einen kleinen Völkerbund zusammenzutrommeln sucht. Das Kernproblem für das deutsche Kapital ist außerdem dies, in und mit dem Völkerbund die Frage der Regelung deutscher Absatzmärkte zur Debatte zu stellen, um so seinen Gläubigern den guten Willen zu demonstrieren, bei Regelung der Absatzverhältnisse getreulich zu „erfüllen". Die „Völkerverständigung" stößt im Grunde auf dieselben unüberwindlichen Schwierigkeiten wie bei der Aktion im Frühjahr. Es ist die Utopie, die Gegensätze der kapitalistischen Staaten aus der Welt zu schaffen mit vielen schönen Reden. Derselbe fromme Wunsch, wie der Versuch der Verständigung zwischen Schaf und Wolf, zwischen Habicht und Maus. Die Sozialdemokratie liefert zu dieser Komödie wie immer die Musik. (Wir kommen in nächster Nr. noch ausführlich darauf zurück.)

Teddy Thälmann als Ekki-Präsident?

Mit der Konsolidierung des Ekki-Kurses bekommen die Brandlerianer in der KPD. natürlich Oberwasser, und sie wollen den Teddy, den sie als eine völlig unmögliche Figur bezeichnen, gern los werden. Da man ihn in Deutschland schlecht unterbringen kann — er braucht immer einen Stab, der die Situation für ihn rettet — und man mit der Spekulation auf die schwielige Faust nur alleine noch operieren kann, erwägt man in Moskau allen Ernstes den Gedanken, Teddy auf den Präsidentenstuhl der Komintern zu setzen, so gewissermaßen als Symbol des proletarischen Einflusses in der Komintern. Wenn dies — was uns von KPD.-Genossen berichtet wird — zutrifft, dürfte beiden, der Komintern und Teddy gedient, und dessen Verwendung sehr zweckmäßig sein. Für die KPD. gibt es in der äußersten Rechten eine ganze Reihe sehr tüchtiger Sozialdemokraten, die so wie schon immer die Konzepte für Teddys Reden liefern müssen, und dies natürlich selbst viel besser gleich ohne Umwege besorgen können. Für Teddy paßt wiederum der Präsidentenposten sehr schön: Stalin hat die Gewähr, daß Teddy aus eigener Initiative nichts unternehmen wird, und die Moskau-gläubigen haben ihre proletarische Strohpuppe. Schließlich wäre es auch nicht gerade dankbar, den armen Kerl so sanft- und klanglos beiseite zu schieben, ein Kandidat als Präsident der deutschen Republik ist doch schließlich kein Moor. Hoffentlich nehmen die Proleten der KPD. dieses Hinauffallen ihres Rot-Front-Häuptlings mit der ihm gebührenden Hochachtung auf. — Es soll da schon eine Reihe linker Abweichungen geben, die über solche wirklich ernsten Maßnahmen ganz narrenwidrig lachen.

Moskauer Henkersknechte

Anläßlich der Hinrichtungen in der Türkei schreibt die „Rote Fahne" (28. August):

> „Die gegen die junge türkische Republik aufgedeckte konterrevolutionäre Verschwörung endete also mit der Hinrichtung von 19 bekannten Führern der Konterrevolution. 15 davon wurden im Juni in Smyrna, die letzten 4 in Angora vom revolutionären Unabhängigkeitstribunal zum Tode verurteilt. Der hingerichtete Djavid war Finanzminister im türkischen Kriegskabinett und ein Vertrauensmann der englischen Hochfinanz. Die anderen waren ebenfalls führende Persönlichkeiten der sogenannten „Jungtürkischen Partei", die sich dann in die „Fortschrittspartei" umwandelte und in Verbindung mit den imperialistischen Großmächten, insbesondere England, ihre Pläne gegen die junge türkische Republik spann. Das Ergebnis ihrer Tätigkeit waren die von England gestützten konterrevolutionären Kurdenaufstände, der Mordplan gegen Kemal und die ganze reaktionäre Hetze, die sich in der Türkei um die Zeitung „Tanin" gruppierte.
>
> Der bürgerlichen Welt sind die Todesurteile in Smyrna und Angora in die Knochen gefahren. Die deutsche Presse versucht die Hingerichteten auf einen Wink Englands, das in ihrem Interesse intervenierte, zu verteidigen, die türkische Republik herabzusetzen. Diese Haltung der demokratischen und sozialdemokratischen Presse zeigt am besten, wie tief die westeuropäische „Demokratie" gesunken ist. In Deutschland versteht sie unter „Schutz der Republik" ausschließlich Terrorurteile gegen Arbeiter, gegen Kommunisten. **„Die junge türkische Republik vollendet dagegen in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und die innere Reaktion die bürgerlich demokratische Revolution, wenn sie die reaktionären Verschwörer aufs Haupt schlägt."**

Eine gemeinere und niederträchtigere Liebedienerei gegenüber der türkischen Regierung ist einfach ganz undenkbar. Dieselbe „revolutionäre" Regierung, die „die reaktionären Verschwörer aufs Haupt schlägt, hat Tausende von Proletariern auf dem Gewissen. — Aber sie ist mit Moskau durch einen Vertrag verbunden! Das ist die wahre Ursache, und der Grund, sie als revolutionäre zu verhimmeln.

„In der Türkei werden die Gewerkschaften aufgelöst, die Arbeiterorganisationen verfolgt. Die türkische kommunistische Partei ist vernichtet. Die verhafteten Kommunisten werden vor ein außerordentliches Kriegsgericht gestellt. Man klagt sie wegen Hochverrats an."

Das ist nach einem Aufruf der 3. Internationale — „Rote Fahne" vom 17. Februar 1923 — das revolutionäre Gesicht derselben türkischen Regierung, die jetzt noch am Ruder ist und die „reaktionären Verschwörer" aufs Haupt schlägt. Die Politik dieser türkischen Regierung hat sich nicht geändert, ihre Politik gegen das Proletariat ist dieselbe geblieben. Aber auch das Bündnis mit Moskau besteht fort. Um dieses Bündnisses willen muß die „Rote Fahne" diese Regierung als „revolutionär" hinstellen und damit nicht nur die Todesurteile gegen die führenden proletarischen Sachverständigengutachen, Arbeiterregierung, Einheitsfronttaktik, Nationalbolschewismus, Erlassung der Sachwerte usw.). Aber im Grunde genommen waren diese „Abweichungen" nur das logische Ergebnis dieser Taktik selbst, ausgenommen von den ganz üblen Erscheinungen, wie den Ultra-Nationalismus usw., die durch die russische Außenpolitik bedingt waren.

So sehen wir, daß mit der Frage der revolutionären Taktik die Frage Rußland im Grunde genommen nur insoweit itendisch ist, als Moskau vom Standpunkt seiner ökonomischen Verhältnisse und des Charakters der russischen Revolution gar keine revolutionäre Taktik einschlagen konnte. Die proletarische Revolution jedoch braucht die revolutionäre Taktik. Die historische Epoche der proletarischen Revolution braucht die Waffen zum Angriff gegen die Gewerkschaften und den Parlamentarismus, die AAU. als Klassenorganisation des Proletariats. Die Entscheidung für oder gegen die proletarische Revolution ist die Entscheidung für revolutionäre oder reformistische Taktik.

Mit revolutionärer antiparlamentarischer Taktik ist unvermeidlich die Lösung der Frage: Führer und Massen. Das um-die-Sache-herumgehen, das offene oder versteckte Intrigenspiel, das Vortäuschen von „Taktik", um prinzipiellen Fragen auszuweichen, ist gerade jene Taktik, die die Entscheidung immer hinter die Kulissen verlegen möchte, in „bewährte Hände". Dieses Verstecken hinter allen möglichen taktischen Maßnahmen, diese Scheu vor dem Urteil der Arbeiter selbst, ist objektiv ein allen „Führern", eigener Unglaube an die Kraft des Proletariats. Diese Taktik ist anderseits wieder nicht durchführbar — ohne unbedingten „Glauben" an „bewährte Führer", die immer wieder den Pferdefuß zeigt, daß die Masse darf. Die Strecke ist schlecht. Die Streckenläufer abgebaut. Das letztere hat natürlich nichts zu sagen, die Leute sind, so sagt Dorpmüller, doch bloß neben den Schienen hergelaufen. Man kann keine unnützen Parasiten durchfüttern.

Wir müssen sagen, daß wir von einem Unglück überhaupt nur insofern reden können, als klassenbewußte Arbeiter ams Leben gekommen sind und so dem Kampf gegen diese elende, verlogene Gesellschaftsordnung entrissen wurden. Der Tod von Geldsäcken und Kapitalisten, die in die Bäder fahren, oder mit einem Kopf voll Sorgen herumreisen, wie man die Proleten am besten ausplündert, läßt uns kalt wie eine Hundeschnauze. Die Millionen Erwerbsloser, die mit ihren Kindern dahinwelken wie die Rosen im Herbst, bilden in den Vergnügungsreisen und der gesammten Gedankenwelt der ausbeutenden Sippe und ihrer weiblichen Parasiten nicht das geringste störende Moment. Wenn zwischen die rebellierenden Erwerbslosen oder zwischen Streikende geschossen wird, brüllt dieser menschenfreundliche Pack ans Leibeskräften hurra. Die Proleten, die auch nur einen Funken von „Mitgefühl" gegenüber diesen Schichten aufbringen würden, wären wert, daß ihnen ihre eigene Dummheit Schmerzen bereiten würde.

Darum ziehen wir auch in diesen „Unglücksfällen" diesen klaren Trennungsstrich. Wir nageln fest, daß die Träger dieser verlogenen Ordnung auch solche Symptome, die sich aus dem Bankrott des kapitalistischen Profitsystems ergeben, stets auf die Ruchlosigkeit der abgebauten Proleten abschieben möchten. Wir stellen nur fest, wie präzise der amtliche Lügenapparat funktioniert. So funktioniert er auch, wenn das Proletariat sich aufbäumt gegen diese famose Ordnung. Das revolutionäre Proletariat wird den amtlichen Märchenerzählern nie den Gefallen tun und ihnen Gelegenheit geben, durch so dumme Streiche, wie man ihm gern andichten möchte, eine Handhabe zu geben, um das stumpfsinnige Kleinbürgertum gegen es aufzuhetzen. Aber wenn — wie in letzter Zeit — die Rationalisierung Formen annimmt, daß die Fetzen in alle Ecken fliegen, so haben wir deswegen nichts dagegen, weil auch diese Dinge Beweise sind, daß es auf der abschüssigen Bahn des kapitalistischen Totentanzes kein Halten mehr gibt.

Der Weg der KPD.-Opposition

Die Besatzung des schwer kämpfenden Schiffes der 3. Internationale ist seit langem nur durch den Glauben an die „erprobten Offiziere zusammengehalten. Es hätte den Kurs nach Amsterdam gerichtet, aber mit diesem Kurs auch eine ständig wachsende Unzufriedenheit der Besatzung hervorgerufen, die zur offenen Meuterei zu werden drohte, als der Hafen schon winkte. Um diese Meuterei zu unterdrücken, zieht es seit langem ziellos auf dem weiten Meer des Klassenkampfes, manövriert und paukt den zweifelnden Soldaten Disziplin ein. Die meuternden Offiziere fliegen in großen Bogen über Bord, nachdem sie gewissermaßen vor der versammelten Mannschaft bloßgestellt und als Spione und Feinde denunziert wurden. Wer jedoch glaubt, daß die Ausgeschifften einen klaren Plan zu verfolgen, oder auch nur aufzustellen in der Lage wären, der irrt und wartet vergebens. Sie können nicht über ihre mühsam ergatterte Planke hinaussehen, um Ausschau zu halten nach Bundesgenossen. Sie treiben auf derselben Stelle, auf der sie ausgeschifft wurden, und leiern jeden Tag, den sie noch erleben dürfen, ihr Sprüchlein her, daß sie im „Recht", die anderen im „Unrecht" sind. Soweit sie zu einem „positiven" Ergebnis bei ihren Beratungen kommen, beschränken sie sich darauf, sich gegenseitig das ihnen folgende Kriegsvolk abzujagen, sich gegenseitig zu übertölpeln. — Soweit einer aus der gemeinsamen Front ausbricht, — wie Katz — verbündet er sich mit den ersten besten Reisenden, die gerade des Weges kommen, und eröffnet mit ihnen eine gemeinsame Firma. Und wenn die Arbeiter in der gesamten Linken der KPD. nicht bald das Spiel durchschauen und selbst zum Handeln kommen, dann werden sie erleben, daß ihre Arbeit umsonst war — werden sie sehen, daß von den Führern schon längst jeder sein Plänchen für sich hat, und sie sich einfach fügen müssen, oder von der Brandung der Entwicklung an die Klippen geschleudert werden.

Diese Zerfahrenheit in der Opposition zeigt, daß das Problem Rußland wohl die Frage war, an dem sich die Gegensätze entzündeten, daß aber, und das ist das wichtigste, auf dieser Frage: für oder gegen Moskau, keine Taktik aufgebaut werden kann. Diese Frage ist nur die Schlüsselfrage zum Verständnis dafür, warum Moskau in allen Fragen, der Frage der Gewerkschaften, der „Massenpartei", des Parlamentarismus, die Stellung bezog, die es heute mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigt. Mit diesen Fragen hängt aufs engste zusammen die Frage: Führer und Massen. Wenn die Arbeiter der KPD. nicht in der Lage sind, hier den Hebel anzusetzen, besteht die große Gefahr, daß die linke Bewegung in der KPD. an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht.

Zum besseren Verständnis für die Wichtigkeit dieser Behauptung sei deswegen etwas näher dabei verweilt. Die Frage „Rußland" ist keine Frage von 1926. Die Frage Rußland stand zur prinzipiellen Entscheidung 1920, spätestens 1921. Und sie stand nicht als „russische Frage" zur Entscheidung, sondern die Abspaltung der revolutionären Elemente wurde vollzogen unter der Devise: für oder gegen den Parlamentarismus, für oder gegen die Gewerkschaften. Die Entscheidung für die Gewerkschaften, und für den Parlamentarismus, das war der Beweis, welchen Kurs Moskau zu steuern gewillt war. Parlamentarismus und Gewerkschaftstaktik bleibt nun einmal reformistisch, konterrevolutionäre, auch wenn sie von Moskau betrieben wird. Natürlich wuchsen im Laufe der Zeit aus dieser reformistischen Basis alle jene weiteren Sumpfblüten (proletarisches Sachverständigengutachen, Arbeiterregierung, Einheitsfronttaktik, Nationalbolschewismus, Erlassung der Sachwerte usw.). Aber im Grunde genommen waren diese „Abweichungen" nur das logische Ergebnis dieser Taktik selbst, ausgenommen von den ganz üblen Erscheinungen, wie den Ultra-Nationalismus usw., die durch die russische Außenpolitik bedingt waren.

So sehen wir, daß mit der Frage der revolutionären Taktik die Frage Rußland im Grunde genommen nur insoweit itendisch ist, als Moskau vom Standpunkt seiner ökonomischen Verhältnisse und des Charakters der russischen Revolution gar keine revolutionäre Taktik einschlagen konnte. Die proletarische Revolution jedoch braucht die revolutionäre Taktik. Die historische Epoche der proletarischen Revolution braucht die Waffen zum Angriff gegen die Gewerkschaften und den Parlamentarismus, die AAU. als Klassenorganisation des Proletariats. Die Entscheidung für oder gegen die proletarische Revolution ist die Entscheidung für revolutionäre oder reformistische Taktik.

Mit revolutionärer antiparlamentarischer Taktik ist unvermeidlich die Lösung der Frage: Führer und Massen. Das um-die-Sache-herumgehen, das offene oder versteckte Intrigenspiel, das Vortäuschen von „Taktik", um prinzipiellen Fragen auszuweichen, ist gerade jene Taktik, die die Entscheidung immer hinter die Kulissen verlegen möchte, in „bewährte Hände". Dieses Verstecken hinter allen möglichen taktischen Maßnahmen, diese Scheu vor dem Urteil der Arbeiter selbst, ist objektiv ein allen „Führern", eigener Unglaube an die Kraft des Proletariats. Diese Taktik ist anderseits wieder nicht durchführbar — ohne unbedingten „Glauben" an „bewährte Führer", die immer wieder den Pferdefuß zeigt, daß die Masse der gläubigen Moslems im blinden Vertrauen zu ersterben hat vor den großen Männern, die mit vielen Sorgen und vielen kleinen und großen Manövern die Geschicke des Proletariats lenken. Wir brauchen wohl nicht erst zu betonen, daß diese Auffassung nichts mit proletarischer Geschichtsauffassung zu tun hat; aber wenn es gilt, den Anfang zu machen, dem Proletariat seine Geschicke endlich anzuvertrauen, die Theorie in der Praxis anzuwenden, sich selbst überflüssig zu machen, sich als Kämpfer in die Reihen des Proletariats zu stellen, — dann stellt sich immer wieder heraus, daß die großen Geister vor lauter Bedenken zu gar keinem Schluß kommen können. So wie sie nicht mehr auf einer „Bewegung" schwimmen können und helfen sollen in gemeinsamer Kollektivarbeit die revolutionäre Partei auf wirklich revolutionärer Grundlage unter Führung der proletarischen Elements auizubauen, so wie sie wirklich zum uneigennützigen Lehrer des Proletariats werden sollen, entdecken sie ihre „abweichende" Meinung und stellen die Frage der „Ehrlichkeit". Mit diesen moralischen sein sollenden Erwägungen müssen die Proletarier der KPD.-Opposition in erster Linie brechen, wer nicht mit ihnen sein will, ist ihr Feind und wird in dem großen Heer parlamentarischer Postenjäger schon wieder eine Stelle finden. Damit ist klar ausgesprochen, daß die Proleten in der KPD.-Linke endlich den Anfang machen müssen damit, die wirklich zur Debatte stehenden Fragen anzufassen. Geschieht dies nicht, bleibt ihre ganze Stellung zweideutig und übt nicht die geringste Anziehungskraft auf die noch schwankenden Arbeiter aus. Die noch schwankenden Elemente werden wieder abgestoßen, weil sie gar keine Möglichkeit der Lösung, keinen wirklich positiven Schritt sehen. Die Opposition selbst wird zermürbt, die Debatte notwendig von der prinzipiellen Basis abgedrängt. Eine Opposition ohne Programm ist schon immer die beste Hilfe für die Partei gewesen, aus der sie hervorgegangen ist. Den Fall gesetzt, die KPD.-Zentrale wollte durch ihre Spitzel die Opposition ihre Zerrütten, so konnte sie dies nur, in dem diese die Opposition unter allen möglichen „revolutionären" Vorwänden spielte, ohne einen Schritt nach vorwärts zu tun. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter gar nicht zu übersehen vermögen, was eigentlich gespielt wird. Dieser Zustand kann nur geändert werden durch rücksichtsloses Aufrollen der Fragen der angeblichen „Erfahrungen" Rußland, die nur aus den Fingern gesogene „Erfahrungen" sind. Weder wurden die russischen Gewerkschaften „erobert" — die russischen Gewerkschaften hatten bis zur Revolution gar keine Legalität. Noch konnte Moskau in der Frage des Parlamentarismus auf „Erfahrungen" hinweisen — die Bolschewiki kann zur Macht unter der Parole der Wahl zur Duma. Den „revolutionären" Parlamentarismus als Mittel anzuwenden kamen sie nie in die Lage, noch waren die Bolschewiki eine Massenpartei. Die Geschichte der Bolschewiki ist die Geschichte der Parteispaltungen, und sie wuchsen erst im Kampf um die Macht.

Dazu gehört auch die Frage des Verhältnisses der KPD.-Linke zur KAPD. Die Angst vor der KAPD. — das ist die Angst vor einem wirklichen proletarischen Politik, die keinen Raum läßt für die „Führer", die eben bis dato in allen Sätteln gerecht wurden, und die Fähigkeiten in sich fühlen, auch in Zukunft die proletarische Bewegung nach ihren persönlichen Bedürfnissen zu modeln.

Das Verhältnis zur KAPD. ist zur Kardinalfrage für die KPD.-Linke geworden deswegen, weil alle Versuche, den Weg den die KAPD. ging, zu vermeiden, unvermeidlich in das Lager der Sozialdemokratie zurückführen müssen. Die USP. unglückseligen Angedenkens ist renevoll im Schoß der Sozialdemokratie gelandet, weil sie sich nicht aus den alten Gleisen hinausfinden konnte, weil die Bedürfnisse der Führer das Klassenbewußtsein der Proletarier erdrücken konnte. Das Ende der KPD. im Sumpf des stinkendsten Reformismus ist nicht erschöpfend begründet mit der russischen Staatspolitik. Diese gab nur den Grund dafür, warum die KPD. die Linien der alten Arbeiterbewegung bezog. Das heutige Resultat ist das Resultat dieser Politik selbst, zumindest in der allgemeinen Linie. Der Versuch, gegen Moskau, aber im Prinzip auf der alten Basis, „neue" Wege zu beschreiten, wäre nicht nur ein Fehler, es wäre der revolutionäre Beweis dafür, daß für die Arbeiter der KPD.-Linke die Geschichte da ist, um nichts aus ihr zu lernen.

Diese Entscheidung darf jedoch nicht für Gefahren blind machen, die auf dem Wege der KAPD. liegen und die die KAPD. unter großen Opfern überwinden mußte. Das wäre der Versuch, auf dem Verrat der parlamentarischen Parteien eine Taktik zu begründen, die auf die Ablehnung der Partei der Revolution selbst hinausläuft. Katz wurde durch eigenes Unvermögen, die Probleme der proletarischen Revolution marxistisch zu begreifen, auf den Gegenpol geschleudert und marschiert in einer Koalition mit den Parteiverneinern, die als Organisation in der Praxis eine Partei darstellen, sich jedoch darauf beschränken, mit inhaltlosen Begriffen um sich werfen, und was das Wichtigste ist, die Organisation als Klasse in der Praxis ablehnen, weil diese Klasse nicht „reif" ist für ihre „Einheitsorganisation". Diese Taktik, Bundesgenossen zu suchen wo sie gerade zu finden sind, ungeachtet ihrer prinzipiellen und pro-

---

Amerika — Europa

(Neue Amerika-Literatur.)

(Schluß.)

Kann und soll Europa Amerika werden? Feiler verneint wie bereits gesagt, diese Frage. Es erscheint ihm weder möglich noch wünschenswert. Alle bewußte Amerikanisierung, erklärt er, kann nur ein „karrikiertes, herabgewürdigtes Europa" schaffen, „denn was uns fehlt, um mit dieser Mechanisierung Amerika zu werden, das ist das, was Natur und Technik und kapitalistische Organisation, aber vor allem eben die unerschöpfliche und unerschöpfte Natur des Landes, unter den ganz anderen amerikanischen Verhältnissen hervorbringt: ... die Fülle und die Weite ... Europa kann sich Amerika nur im „Betrieb" annähern, aber nicht in dem, was doch dort wenigstens zum Teil einen Ausgleich schafft: im Ergebnis." Amerika dagegen, das heute, nachdem die erste Arbeit der Urbarmachung des Landes und der Arbeitsorganisation getan ist von geistiger Unruhe erfüllt ist, ist nach Feilers Ansicht auf dem Wege, sich zu europäisieren. Auch Hirsch ist der Meinung, daß Amerika sich teilweise europäisieren wird. Er verweist auf die Landwirtschaft, die sich langsam europäischer Methoden bedient, indem sie z. B. künstliche Düngemittel verwendet, während die europäische Landwirtschaft sich amerikanisiert durch Einführung des Traktors. Er verweist auf die Bestrebungen Amerikas, „seine Gesamtwirtschaft zu übersehen und bewußt zu beeinflussen."

Lüddecke, dessen ganze Untersuchung von dem Zweck bestimmt war, eine Darstellung zu geben „der amerikanischen Strukturverhältnisse", auf denen die Ueberlegenheit der amerikanischen Produktion beruht, ist ebenfalls der Ansicht, daß Europa sich amerikanisieren muß. Unter Amerikanisierung versteht er im wesentlichen „Entfernung der suggestiven sozialen Barrieren" durch Einführung und Ausbildung amerikanischer Korruptionsmethoden (Arbeiterdemokratie). Verwandlung des klassenbewußten Arbeiters in Europa in einen „Gentleman", mit dem sich reden läßt. Im übrigen ist auch er der Meinung, daß sich Amerika in letzter Zeit europäisiert. Allerdings deutet er diese Erscheinung nicht wie Feiler als ein Zeichen der Verinnerlichung, sondern des Verfalls. Wird Amerika Europa, insbesondere Deutschland helfen? Diese Frage wird zum Schluß von allen drei Verfassern gestellt. Feiler behandelt sie ziemlich nebensächlich. Dagegen beantwortet Hirsch sie ziemlich ausführlich und pessimistisch. Er ist der Ansicht, daß es falsch ist, in Amerika den großen Geldgeber der Zukunft zu sehen, „denn ökonomisch ist Amerika noch lange kein Land, das wirklichen Kapitalexport nötig hätte, oder dem dieser auch nur im großen Stil erträglich wäre", denn das Land hat ungeheuerlich Goldüberfluß, aber durchaus keinen dauernden Kapitalüberfluß. „Für Deutschland kamen Kredite nur als Uebergangsmaßnahme in Frage, aber das Ausmaß der notwendigen Kredite in Deutschland ist unverhältnismäßig viel größer, als irgendwie durch Auslandshilfe gegeben werden kann." Wie Hirsch ist Lüddecke der Ansicht, daß die „Hilfe" Amerikas nicht in Krediten, sondern in der Besitzergreifung der ausländischen Produktionsmittel bestehen werde. „In jüngster Zeit, so berichtet er, vermehren sich die Fälle, in denen amerikanische Gruppen zum direkten Ankauf deutscher Unternehmungen übergehen, um sie teilweise in vertikaler Richtung den amerikanischen Unternehmungen anzugliedern."

Es sind außer den hier angedeuteten Problemen noch eine Reihe sehr interessanter Fragen in den drei vorliegenden Büchern besprochen: die Agrarfrage, die Umwälzung im Handel und Verkehrswesen, das Bildungswesen, das öffentliche Leben, es würde aber zu weit führen, auf alles dieses noch besonders einzugehen.

Das Parlament

Da die Herren Abgeordneten Abendessen wollten, ließ der Präsident die Sitzung für eine halbe Stunde unterbrechen. Die Väter der Nation, ersch

grammatischen Konfusion, ist in ihrem Wesen die Taktik des alten Parlamentariers, der in der Bewegung alles, im Prinzip nichts sieht. Der Kampf um die revolutionäre Taktik ist nicht ein Kampf gegen die revolutionäre Partei, sondern ein Kampf um die revolutionäre Partei als Führerin der Klasse. Der Kampf gegen die primitive Einheitstheorie ist deshalb notwendig, ist Kampf für die Revolution. Die Arbeiter der Katz-Gruppe werden sich —es ist höchste Zeit — Rechenschaft ablegen müssen, ob sie im Prinzip die alte Linie fortsetzen wollen, statt den Arbeitern ein stich- und hiebfestes Programm über die Bedingungen der proletarischen Revolution zu bieten.

Die Tradition der KAPD. legitimiert dieselbe, an alle Arbeiter der KPD.-Linke die klare und unzweideutige Frage zu richten: Ist Euer Weg unser Weg? Wir bilden uns nicht ein, die absolute Wahrheit gepachtet oder gefunden zu haben; aber die KAPD. hat die große Linie der proletarischen Revolution und ihrer organisatorischen Bedingungen herausgearbeitet und hat sie der Kritik der Geschichte überlassen, um im fortlaufenden inneren Ringen und unerbittlicher Selbstkritik neu sich formierenden Kampfscharen die Fahne voranzutragen, den Kampf des revolutionären Proletariats in der entscheidenden Auseinandersetzung auf praktischer Erprobung theoretisch fundiert. Vor Euch steht die Frage: Mit der KAPD. oder gegen sie. — Sonst würde dereinst das Urteil der Geschichte lauten: Sie haben nichts gewollt.

Aus Mussolinien

Massenverhaftungen.

Paris, 26. August. (WTB.) Nach Blättermeldungen aus Mailand sollen in Verona im Anschluß an eine Reihe von Haususchungen 400 Sozialisten verhaftet worden sein. Weitere Verhaftungen sollen in Padua erfolgt sein.

400 Arbeiterinnen unter Streikanklage.

Chiasso, 30. August. Die rigorose Anwendung des Arbeitsreglements in der Spinnerei der Gebrüder Zadra in Treviso hatte unter der Belegschaft berechtigte Mißstimmung hervorgerufen. Infolgedessen hat die Masse der Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Nach einigen Tagen mühsamer Verhandlungen haben die Arbeiterinnen die Arbeit wieder aufgenommen. Durch eine Untersuchung wurde die Identität der Führer dieser Bewegung festgestellt, die die Arbeiterinnen zum Verlassen der Arbeitsstätte veranlaßt haben sollen; sie wurden beim Staatsanwalt angezeigt. Die Zahl der Angezeigten übertrifft 400.

Gärung in Spanien

St. Jean de Luz (französisch-spanische Grenze), 26. Aug. (Reuter.) Einer Information aus französischer Quelle zufolge, ist in Spanien eine sehr ernste Lage entstanden infolge der Forderung von Artillerieoffizieren, daß der König den Premierminister General Primo de Rivera entlassen solle. Als Antwort darauf unterbreitete Primo de Rivera dem König ein Dekret, das das Artilleriekorps auflöst und die Waffenfabriken in Toledo und Trubia der militärischen Kontrolle entzieht und sie unter Zivilkontrolle stellt. Der König habe sich geweigert, das Dekret zu unterzeichnen und sei sofort nach der Kabinettssitzung nach Santander abgereist, wo die königliche Familie sich aufhält. Die Schwierigkeiten zwischen General Primo de Rivera und den Artillerieoffizieren datieren zurück bis zum Beginn des neuen Regimes, aber man glaubt, daß sie jetzt in ein neues und ernstes Stadium eingetreten seien, dessen Folgen man nicht voraussehen könne.

Wirtschaft

Rückgang der Arbeitslosigkeit?

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes waren in der vergangenen Woche 267 798 Personen bei den Berliner Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 270 421 der Vorwoche. Darunter befanden sich 174 377 (175 559) männliche und 93 425 (94 862) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 131 694 (132 422) männliche und 67 058 (68 436) weibliche, insgesamt 198 742 (200 858) Personen. Außerdem wurde noch an 34 950 (334 463) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 4017 (3904) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt. Die Zahl der zu gemeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 64 gegen 67 der Vorwoche.

Der Rückgang um 2623 Personen in der vergangenen Woche erklärt sich u. a. auch daraus, daß 2117 die Unterstützung der „Fürsorge" entzogen wurde. Davon wurden 487 der „Erwerbslosenhilfe" und 113 zu Notstandsarbeiten überwiesen. Von den restlichen 1516 Personen, die noch aus den Listen des Arbeitsamtes verschwanden, weiß man nicht, wo sie geblieben sind. Wahrscheinlich ist ein Teil „ausgesteuert". Eine nicht unbedeutende Zahl Arbeiter ist auch in der Berichtswoche wieder entlassen. Sie sind den Hauptunterstützungsempfängern hinzu zu zählen. Die Streichungen der Fürsorge werden also ein bedeutend größeres Ausmaß haben, als die „Statistik" des Arbeitsamtes erkennen läßt.

Ein kleiner Teil der ungeklärten Ziffer von 1516 Personen wird Arbeit bekommen haben. Das Baugewerbe hat schon eingestellt, die Eisen- und Bauhilfsindustrien treffen Vorbereitungen für eine geringe und vorübergehende bessere Beschäftigung, die das Arbeitsbeschaffungsprogramm bringen wird. Endlich muß in Betracht gezogen werden, daß die Ernte eine große Masse Arbeiter angezogen hat, was sich jetzt durch die Kaufkraftstärkung in den Konsumindustrien auswirkt. Von einer Besserung des Arbeitsmarktes von Dauer kann keine Rede sein. Im Gegenteil, nach Beendigung des englischen Streiks, nach der Ernte und nach Beendigung der Bausaison muß die Arbeitslosigkeit katastrophale Formen annehmen. Der Schwindel vom Arbeitsbeschaffungsprogramm kann nicht durchgeführt werden, oder doch nur in so beschränktem Maße, daß er nicht mal die weiteren Entlassungen wettmachen kann. Die „Fürsorge" hat in den letzten Wochen im gesamten Reiche Hunderttausende „ausgesteuert". Es kommt ein schlimmer Winter". Die Arbeitslosen und die noch mit Ach und Weh für einige Zeit Arbeitenden müssen ihre Vorbereitungen treffen. Der Kampf ums nackte Leben wird ihnen aufgezwungen werden.

Russisches Erdöl in Deutschland und England

Wir haben gelegentlich bei Besprechungen über die russische Schmierölgesellschaft in Hamburg und aus Anlaß der Nichtwiedererneuerung der Schmieröl- und Benzinverträge mit der Deutschen Petroleum A.-G. gesagt, daß auch in Deutschland die Gründung einer russischen Vertriebsgesellschaft für Naphthafabrikate, — Petroleum, Benzin, Oele — nicht mehr ferne sein kann. Die Gründung ist nunmehr erfolgt. Am 27. August wurde die Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen Mk. beschlossen, die die Aufgabe hat, russische Erdölprodukte auf dem deutschen Markt abzusetzen. Hauptaktionäre dieser neuen Gesellschaft sind das Allrussische Naphthasyndikat und die russische Handelsvertretung in Berlin. Inwieweit Privatkapital bei der Gründung beteiligt ist, ist nicht ersichtlich. Die endgültige Firmierung der neuen Gesellschaft steht bisher noch nicht fest. Es ist anzunehmen, daß sie ihren Sitz in Berlin haben wird.

Der Absatz russischer Erdölprodukte in Deutschland ist nicht unbeträchtlich. In den ersten drei Quartalen des laufenden russischen Wirtschaftsjahres wurde von dem gesamten Auskandsabsatz an Naphthaprodukten im Höhe von 987 365 t 149 105 t in Deutschland abgesetzt: d. h. also etwa ein Sechstel des russischen Auslandsabsatzes fiel auf Deutschland. Selbst wenn an der deutschen Gründung deutsches Kapital nicht direkt beteiligt sein sollte, wird es maßgebenden Einfluß auf die Gesellschaft ausüben, wenn sie sich gegen die starke deutsche Konkurrenz durchsetzen will. Wahrscheinlich wird das deutsche Kapital an dem Profit der Hauptbeteiligte sein.

Das wahre Gesicht der russischen „Diktatur des Proletariats" zeigt die Koalition des russischen Staatskapitalismus mit dem englischen Kapital. In London besteht die Russian Oil Products Limited (ROP.). Die Aktien befinden sich in den Händen des Allrussischen Naphthasyndikats und der privatkapitalistischen englischen Arcos Ltd. Die Gesellschaft hat, — wie wir schon konkret berichteten — während des englischen Bergarbeiterstreiks große Mengen Naphtha (zu Heizzwecken) aus Rußland nach England gebracht. Im Juli gründete die ROP. eine Untergesellschaft, die den Kleinverkauf in den Grafschaften Hampshire, Berkshire, Surrey, Kent und Sussex durchführen soll. Sie firmiert Independent Oil Distributing Company; ihr Kapital beträgt 100 000 Pfund und ist ausschließlich Privatkapital. Vorstand (einschließlich Direktion) und Aufsichtsrat bestehen ausschließlich aus Privatkapitalisten. Vorsitzender des Verwaltungsrats ist Sir Walter B. Towneley, der bis zum Kriegsende Gesandter Großbritanniens in Holland war. Dem Verwaltungsrat gehört ferner der konservative Abgeordnete Colonel T. C. R. Moore an, der kürzlich in Rußland war. Es ist immerhin interessant, daß die Zugehörigkeit zu einer Partei, die noch vor einigen Wochen die Russen aus dem Lande hinauswerfen wollte, heute kein Hinderungsgrund mehr ist, sich mit diesen selben Russen für Geschäfte an einen Tisch zu setzen. Außerdem sitzt noch Sir Thomas G. Jones im Verwaltungsrat, er ist Besitzer mehrerer großer kapitalistischer Zeitungen und als wüster rücksichtsloser Ausbeuter in ganz England bekannt, außerdem ist er Verwaltungsratsmitglied des Picadilly Hotel. Außerdem hat die ROP. Vorbesprechungen eingeleitet, die darauf abzielen, eine neue Gesellschaft mit einem Kapital von 250 000 Pfd. zu gründen, die den Absatz der Erzeugnisse der ROP. in den restlichen Teilen Englands zum Gegenstand hat, d. h. also London, die restlichen Grafschaften sowie Schottland und Nordirland. Den unmittelbaren Anreiz zu dieser Transaktion bildete selbstverständlich die Gründung der JOD.-Co., obschon in englischen Kreisen immer der Wunsch bestand, eine derartige Kombination herzustellen. Auch im jetzigen Falle geht die Initiative von englischer privatkapitalistischer Seite aus, die auch das notwendige Kapital zur Verfügung stellt.

Einen Widerstand haben die russischen Gründungen in England nur von dem, allerdings sehr mächtigen Oelkapital. Wie noch kürzlich das englische Kapital insgesamt, operiert heute die Oelkonkurrenz mit dem Schlagwort, daß das russische Oel „gestohlenes Gut" sei. Das verfänzt natürlich nicht bei denjenigen Kapitalisten, die mit ihrem eigenen „gestohlenen Gut" an Rußland verdienen, die aus den Knochen des russischen Proletariats Gold münzen.

Die Haltung der Petroleumkonzerne wird bestimmt durch die Preispolitik der neuen Gesellschaft. Nach bewährtem russischen Muster (Türkei) wird die Gesellschaft die Brennstoffe zum sogenannten Selbstkostenpreis (in Wirklichkeit weit unter diesem) verkaufen, um in den Markt zu kommen. Dann kann sich auf den britischen Inseln, wie die englische Presse schreibt, ein Petroleumkrieg entwickeln, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Der Petroleumkrieg spielt sich natürlich auf dem Rücken der englischen und russischen Proletarier ab. Ihnen werden die Löhne gedrückt, ohne daß ihre Lebensbedürfnisse billiger werden. Die Lehre haben die Proletarier scheinbar nötig, damit ihnen plausibel wird, wer in Rußland die Diktatur ausübt.

Aus der Bewegung

Wo ist ein Ausweg?

Eine unter diesem Thema angesetzte Versammlung der KAP. und AAU., die in den Hohenzollern-Sälen in Charlottenburg stattfand, und von 100 Proleten besucht war, zeigte, daß der Gedanke der KAP. marschiert und die Parolen der KPD. „Hinein in die Gewerkschaften", immer mehr in Widerspruch mit den Massen kommen. Der Referent wies an zahlreichen Beispielen nach, daß der Kapitalismus noch mitten in seinem Rationalisierungsprozeß steht, daß Massenentlassungen, Lohnkürzungen und Massenarbeitslosigkeit noch immer auf der Tagesordnung sind. Es gibt eben für den Kapitalismus keine Lösung der Krise, er ist am Ende seines Lateins. Für den Kapitalismus ist es selbstverständlich, daß das Proletariat die Kosten dieser Zeche zu bezahlen hat. Und welche Rolle spielen da die Gewerkschaften, die sogenannten „Klassenkampforganisationen des Proletariats". Wie sieht es aus mit der Parole: „Zwingt den ADGB.?" Der Magdeburger und der Münchener Prozeß haben bewiesen, wie die Aktionen verliefen, wenn die Gewerkschaften ihre Hände im Spiel hatten. Der Referent vergaß nicht, die Legenden und den Glorienschein der um das noch „sozialistisch" sein sollende Rußland gewoben wird, zu zerstören. Die Gewerkschaftshäuptlinge, der zweiten, deutschen Arbeiterdelegation, an deren Spitze der Sozialdemokrat Körber steht, werden genau so wie die erste Delegation berichten, daß in Rußland die Arbeiter die Macht haben. Den Proletariern sollte die Tatsache zu denken geben, daß in Rußland die Rationalisierung genau so wie hier auf Kosten des Proletariats durchgeführt wird. In der Diskussion versuchte ein KPD.-Mann zu retten, was noch zu retten war. Ein ehemaliges Mitglied der KPD. unterstützte voll und ganz die Ausführungen des Referenten und schilderte den Verrat der KPD. an den Erwerbslosen und das Vorgehen der Zentrale gegen die Opposition. Charakteristisch für die KPD.-Proletarier war es, daß sie einen SPD.-Redner, der etwas vom Ringen der Sozialdemokratie um den Sozialismus faselte, kurzerhand runterbrüllten, als er sich als Mitglied der SPD. zu erkennen gab, mit dem man aber vor dem Volksentscheid eine Einheitsfront mimte. In seinem Schlußwort rechnete der Referent gründlich mit dem Vertreter der KPD. und SPD. ab. Er machte den Anwesenden klar, daß es für das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur einen Ausweg gibt, und das ist die soziale Revolution. Unsere Aufgabe ist es, den Klärungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse zu fördern, damit die Parolen der KPD.: „Zwingt den ADGB." auf den hartnäckigsten Widerstand der proletarischen Massen stoßen, damit es den Gewerkschaftsbeamten nicht noch einmal gelingen kann, das Proletariat zu verraten. Diese Veranstaltung hat bewiesen, daß in der Charlottenburger Arbeiterschaft der Gedanke der KAP. und der Revolution allen offenen und verkappten Reformisten zum Trotz, vorwärts schreitet.

Eine Kundgebung der KPD. und ihre Folgen.

Die Tagung des Anglo-Russischen Einheitskomitees war der Anlaß, die Berliner Anhängerschaft der KPD. in geregelten Bahnen ihre revolutionären Gefühle ausleben zu lassen. Ort der Handlung: Pharussäle. Vor der Bühne: Schalmei-Orchester. Ueber der Bühne verdeckte eine große rote Fahne mit der Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!", den Anglo-Russischen Führereinheitsschwindel.

Anders war die Tat. Einheit bedeutet bei jenen Leuten jedenfalls vollkommene Unterwerfung, Bindung jeder selbständigen Meinung. Darum durfte auch unser Genosse keine „KAZ." verkaufen. Ja, man drohte ihm sogar mit Hinauswurf. „Wir können doch selbst nicht dafür, wir haben den Befehl von oben, daß kein KAP.-Mann reden oder Zeitung verkaufen darf!" So die „roten Frontkämpfer." Eine ganz gemeine Maske oder sehr schlimmer Kadavergehorsam. Unsere Genossen setzten aber die Agitation vorm Eingang fort. „Weitergehen, nicht stehen bleiben," war der Ruf der Polizei, jedoch der „roten Polizei". Als dies nicht half, stürmten zwei „rote" Soldaten fort. Fünf Minuten später rückte die grüne Polizei an — zum Schutze der KPD. vor einer revolutionären Presse! Unsere Genossen konnten ein Strafmandat nicht verantworten und zogen es vor, der Dummheit und Niedertracht zu weichen.

„Argumente".

In der „Einheitsfront" Nr. 30 ist in einem Bericht von einer Versammlung des Spartakuskartells in Hannover zu lesen:

„Ein KAP.-Unionist meinte, Marx sei ja schließlich auch nur „ein Kind seiner Zeit" gewesen; nicht die Ausbeutung der Proleten, sondern „das Geld" sei das Uebel (der Mann scheint das „Kapital" aus dem FFF. zu kennen)".

Wir haben mit Katz, sowie mit Schmidtke vom Verkehrsbund der Eisenbahner Rücksprache genommen, und sie haben dem Genossen, der für die KAPD. in Hannover sprach, eingestanden, daß hier ein Irrtum vorliegt, der jedoch nur der „Einheitsfront" unterläuft.

•

Vor einiger Zeit brachte der Ortsrat Dresden der AAUE. eine „Erklärung", die uns ob unserer Darstellung, daß er es den Mitgliedern der AAUE. freistellte, sich am Volksentscheid zu beteiligen, der Lüge bezichtigte. Wir wollen nicht auf die Sucht, die Prinzipien der AAUE. als so edelweiß hinzustellen, eingehen. Wir wünschen der AAU.-E., daß ihr mit ihrem Spartakuskartell ein neuer „Volksentscheid" erspart bleibt, damit sie weiter, „rein" bleiben kann. Wir stellen nur fest, daß die von uns gegebene Darstellung der Wahrheit entspricht und werden in Zukunft auf derartige „Argumente" nicht mehr antworten, weil sie zu kindisch sind.

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen.

Am Samstag, den 4. und Sonntag, den 5. September findet in Düsseldorf eine **Bezirkskonferenz der AAU. und KAPD.** statt mit folgender Tagesordnung: 1. Organisatorisches. a) Tätigkeitsbericht des BAA. b) Bericht der Ortsgruppen. c) Kassenbericht. 2. Die wirtschaftspolitische Lage und unsere Aufgaben (Werktätigen Kongreß). 3. Stellungnahme zur Reichskonferenz. 4. Verschiedenes. — Lokal und genauer Zeitpunkt wird durch Rundschreiben bekannt gegeben.

•

Köln.

Die Ortsgruppen Köln der KAP. und AAU. tagen jeden Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal „Berekoven", Schaffenstraße. Hier werden auch Bestellungen auf „KAZ." und „Kampfruf" entgegengenommen.

•

Bezirks-Konferenz der KAP. und AAU. Sachsen-Mitteldeutschland.

Sonntag, den 12. September, vorm. 9,30 Uhr, findet in Halle a. S., „Volkspark", Burgstr. 27, die Konferenz statt. — Die prov. Tagesordnung lautet: 1. Wirtschaftliche und politische Lage. Referat 2. Taktik: Rundschreiben Nr. 4 d. AAU., Kartell, Kongreß der Werktätigen. 3. Berichte, a) der Bezirke, b) der Ortsgruppen. 4. Reichskonferenz. 5. Organisatorisches. Neueinteilung des Bezirks. 6. Vruck. 7. Jugend. 8. Verschiedenes. — Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, einen Vertreter zu senden.

Groß-Berlin

Achtung! Erwerbslose Unions-Genossen der Nachweise **Gormannstraße, Ackerstraße, Wusterhausenerstraße und Stralauer Platz: Am Donnerstag, den 2. September,** mittags 12 Uhr:

Oeffentliche Fraktions-Sitzung

im Lokal Thiel, Rückerstr. 7. Das Erscheinen aller erwerbslosen Genossen ist unbedingt notwendig.

•

Am Montag, den 6. September, nachmittags ½2 Uhr, **Vollversammlung der erwerbslosen Unions- und Parteimitglieder** in Böckers Festsälen, Weberstr. 17. Auf der Tagesordnung steht: „Der Erwerbslosenkongreß Berlin-Brandenburg." —

3. Bezirk (Wedding). Freitag, den 3. September, abends 7.30 Uhr, **Versammlung der AAU.** im Lokal Fränzel, Reinickendorfer Str. 42. Thema: „Proletarische Organisation und Militarismus." Sympathisierende haben Zutritt.

•

7. Bezirk (Charlottenburg). Oeffentlicher Diskussionsabend. Dienstag, den 7. September, abends 7½ Uhr, Lokal Birnbaum, Galvanistraße. Thema: Wahrheit, oder Hetze gegen Rußland? KPD.- und RFB.-Genossen sind willkommen.

Warnung!

Ein gewisser **Paul Winter** reist mit einem Gefängnisentlassungsschein von Berlin durch die Ortsgruppen und erschwindelt sich bei den Genossen Geld. Er scheut auch nicht davor zurück, Genossen, die ihm mit Arbeitsgelegenheit an die Hand gehen wollen, auf das gemeinste zu betrügen. Winter stammt aus Mitteldeutschland und weiß auch mit den Verhältnissen der AAUE. und der Essener gut Bescheid. Die Genossen im Reich müssen ihm, wo er auftaucht, sofort die Gefängnispapiere abnehmen und ihn damit unschädlich machen.

K. A. P. Groß-Hamburg.

Für Pressefond zingen ein:

Ortsgruppe Leipzig 50 Mk., Gen. Bähr, Görlitz 2 Mk., Gen. Franke, Wriezen 1 M., Gen. Holz, Köln —,40 M., Genosse Böhme —,30 M., Gen. Göhre, Cr.-Salze —,50 M., Ortsgruppe Aschersleben 10 M., Gen. Lenk, Anneberg 2 M., Gen. Pannekoek, Amsterdam 20 M., Gen. Sellmann, Köpenick 1 M., Gen. Zimmer, 6. Bez. 1 M., Gen. Martin NO. 18 —,50 M., durch Gen. Reck 1 Mark.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isadonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 70

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen

September 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36 Lausitzer Platz 3)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Die willfährige Magd

Die Stabilisierungstheorie der KPD.

Das Zentralkomitee der KPD. hat wieder eine der schon berüchtigten Resolutionen über die nächsten Aufgaben der Partei produziert. Uns interessiert in diesem Zusammenhang nur die theoretische Basis, von der aus die Forderungen aufgestellt werden. Der programmatische Ausgangspunkt zeigt am besten den Weg, den die Partei geht und die zukünftige Entwicklung, die sie zwangsläufig durchmachen muß.

Die KPD. stand einmal auf dem Boden der Todeskrise des Kapitals und hat sich langsam dazu durchgemausert, „die Entwicklung im Kapitalismus als relativ stabil zu bezeichnen", während ausgerechnet in „Deutschland in den letzten Monaten das Moment der Stabilisierung stärker hervortrete". Diese Feststellung zeigt, daß die KPD. gerade für Deutschland revolutionäre Möglichkeiten, ausgeschlossen wissen will. Sie will sich nicht gerade für Jahrzehnte festlegen und überläßt mit kühler Ironie diese opportunistische Einschätzung Maslow. Nur taktische Erwägungen hält sie davon ab, schon offen in das Lager des Opportunismus überzuschwenken. Wie weit aber die KPD. vom revolutionären Kampf entfernt ist, wird dadurch charakterisiert, daß als die Hauptaufgabe der Partei die Kleinarbeit bezeichnet wird. Diese soll im Kampf für die Brotfragen und für aktuelle Tagesforderungen bestehen und die Voraussetzung für die Gewinnung der Arbeiterschaft für den revolutionären Kampf sein. Damit fällt aber praktisch jeder Unterschied fort. Die selig entschlafene USP. war noch revolutionär im Vergleich zu dieser jetzt völlig auf rein gewerkschaftliche Forderungen eingestellten Taktik. Es braucht dabei gar nicht wiederholt zu werden, daß für diese Stellung die Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage in Rußland maßgebend sind.

Die KPD. kann aber auch zu einer revolutionären Einstellung nicht kommen, so lange sie davon ausgeht, daß eine Stabilisierungsperiode vorliegt. Mit der Sozialdemokratie teilt sie diese Auffassung und damit auch die primäre Tendenz des Kampfes innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Unterschied wird nur in der stärkeren Hervorhebung der revolutionären Phrase bei der KPD. und im Uebertrumpfen der von der SPD. aufgestellten Forderungen bestehen.

Im Gegensatz zu diesen beiden „Arbeiterparteien" steht die KAPD. allein auf dem Standpunkt, daß von einer Stabilisierung nicht die Rede sein kann, und daß im Gegenteil die Krise noch nicht eine Sekunde aufgehört hat. Irgendwelche Beweise für die neue Theorie hat auch die KPD. nicht erbracht. Sie nimmt nur die äußeren Anzeichen des Wachsens der sog. Reaktion und das eigene Gefühl der Ohnmacht als Stärke des Gegners hin. Eine Analyse der weltwirtschaftlichen Lage und insbesondere der deutschen Wirtschaft würde sofort beweisen, daß die stolze Fassade im Grunde sehr faul ist. Man muß sich vor allem die Frage vorlegen, in welchen Momenten liegt die sog. Stabilisierung und auf welchen wirtschaftlichen Unterbau stützt sie sich? Die Tatsache, daß die Inflation nicht mehr der beherrschende Faktor der Weltwirtschaft ist und daß durch den Druck des anglo-amerikanischen Kapitals eine Stabilisierung der Währungen teils durchgeführt, teils in Angriff genommen ist, bevor die finanztechnische Seite, die Außenfront, wieder hergestellt ist. Es ist nicht zu verkennen, daß hiermit ein für den weltwirtschaftlichen Verkehr außerordentlich wichtige Voraussetzung eingetreten ist. Sie ist auf rein diktatorischem Wege geschaffen worden und trägt auch den Stempel dieser Gewaltaktion. Sie wird nur von den Bajonetten getragen und ist nicht organisch im Einklang mit der Wirtschaft entstanden. Es ist von aus schon wiederholt betont worden, daß für die Lage der Wirtschaft nicht der äußere Rahmen maßgebend ist, sondern daß die finanztechnische Erkenntnis nur dann von Bedeutung sein kann, wenn sie auf einer Wirtschaft aufgebaut ist, die eine Gewähr für ein weiteres reibungsloses Funktionieren dieses äußeren Wirtschaftsverlaufes bietet. Während und staatliche Wirtschaft sind völlig abhängig von der zugrundeliegenden Privatwirtschaft. Sie leben sozusagen von den Erträgnissen dieser Wirtschaft. Vor der zwangsweisen Stabilisierung, insbesondere in der Vorkriegszeit, bildete die Finanzwirtschaft ein getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage. Bei der augenblicklichen Situation liegt es aber umgekehrt, weil die Stabilisierung erst die Gesundung der Wirtschaft erzeugen sollte. Durch den Zwang der Finanzwirtschaft sollte die Umstellung der Privatwirtschaft von der Inflation auf normale Verhältnisse erzwungen werden. Wie dieser Prozeß sich auf die Wirtschaft auswirkt, haben wir schon mehrfach betont. Am typischsten hat er sich in Deutschland vollzogen. Die Umstellung, welche sich auf Grund der Kriegsverhältnisse sowohl im Weltmaßstabe, als auch innerhalb der deutschen Wirtschaft vollzogen hat, hat nicht zu einer Lösung der Krise geführt. Das charakteristische Moment als die von dem Weltkapital zur Lösung der Krise angewandten Mittel haben das eine gemeinsam, daß sie sich sozusagen auf dem inneren Gebiet der Wirtschaft vollziehen. Sie sind sämtlich technischer und organisatorischer Natur. Konzentration und Rationalisierung sind die Schlagworte, unter denen sich diese Umwandlung vollzieht. Dieser Rückzug auf den inneren Markt hat auch die Folge, daß sich das gesamte Kapital, einschließlich des früher stark freihändlerisch eingestellten englischen Kapitals, zum Hochschutzzoll entschlossen hat. Konzentration und Rationalisierung bedeuten, Ausdehnung des Produktionsapparates unter ständiger Verringerung der im Produktions-

Sozialreform oder Revolution?

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Für die Millionenmassen der durch den kapitalistischen Rationalisierungsprozeß überzählig gewordenen Teilkämpfe hinaus zur revolutionären Generalauseinandersetzung ausweitet. Wollen die Erwerbslosen den Kampf aufnehmen und die Solidarität der Arbeitenden beansprüchen, dann müssen sie ihren Kampf als den gemeinsamen revolutionären Kampf der gesamten Klasse um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Aufrichtung der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterdiktatur durch die revolutionäre Rätediktatur führen.

Die unmittelbaren Kampfmaßnahmen sind dann: Wahl von revolutionären Aktionsausschüssen, Mobilisierung aller Erwerbslosen, Demonstrationen vor den Betrieben, Generalstreik, bewaffneter Aufstand.

Das ist der einzige Weg, den die Erwerbslosen gemeinsam mit den Arbeitenden gehen können, wenn sie die Arbeitslosenfrage lösen wollen. Die Sozialreform ist im Zeitalter des kapitalistischen Niederganges eine Illusion, die reformistische Gewerkschaftspolitik enthüllt daher tagtäglich von neuem ihren Bankrott. Die Gewerkschaften sind unfähig, sich zu revolutionären Klassenkampforganisationen umzuwandeln, weil sie durch ihre Reformpolitik mit den Interessen der nationalen kapitalistischen Wirtschaft verbunden sind. 1914 war der erste Prüfstein. Seit dieser Burgfriedens- und Durchhaltepolitik reiht sich ein Verrat an dem revolutionären Interessen des Proletariats an den anderen. Die kapitalistische Rationalisierung wird von ihnen unterstützt, das Arbeitslosenheer ist für sie eine unbequeme Begleiterscheinung, für das man nichts tun kann und will.

Der revolutionäre Kampf der Arbeitslosen muß sich daher auch gegen die letzten Pfeiler der bürgerlichen Gesellschaft, die Gewerkschaften und SPD., die wieder alles tun werden, um den Sieg des proletarischen Befreiungskampfes zu verhindern, richten. Die KPD. glaubt durch ihre revolutionäre Tradition berufen zu sein, die Interessen der Erwerbslosen an die verräterische Gewerkschaftsbürokratie zu verkuppeln. Die Gewerkschaften sollen führen. Damit der nötige „Massendruck" in den Gewerkschaften einsetzt — der ungefähr mit dem „Massendruck" mittels Stimmzettel in der bürgerlichen Republik (siehe „Volksentscheid), zu vergleichen ist — sollen Konferenzen und Kongresse stattfinden, um sich für die Forderungen und Interessen der Erwerbslosen-problem lösen will, einzusetzen. Die KPD. überläßt es den Gewerkschaften, weil sie selbst im russischen Interesse die deutsche Wirtschaft nicht gefährden will. Und die Gewerkschaften werden ihren Kampf für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems fortsetzen. Bis die Erwerbslosen den Schwindel durchschauen und ein Ende dem grausamen Spiel bereiten, das mit ihnen getrieben wird.

Die letzte Erwerbslosenkonferenz in Düsseldorf zeigte, daß die Erwerbslosen beginnen, die revolutionäre Plattform der KAPD. als richtig anzusehen. Der Versuch der KPD., durch Konferenzen die Arbeitslosen über ihren Verrat zu täuschen und von entscheidendem Handeln abzubringen, muß mißlingen. Schluß endlich mit dem albernen Phrasengewäsch vom „Kampf für Arbeit und Brot!" Schluß mit der bankrotten Politik der Sozialreform! Um das Banner der sozialen Revolution geschart, wer den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufnehmen will!

Wir KAP.-Arbeiter werden wieder an der Spitze des Kampfes stehen, wenn die Erwerbslosen nicht von den Blödsinn der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Scheinkämpfe einsehen, sondern auch bereit sind, zu praktischem Handeln überzugehen.

Für die Millionenmassen der durch den kapitalistischen Rationalisierungsprozeß überzählig gewordenen Arbeiter ist es eine brennende Frage: Wie ist die Arbeitslosigkeit zu überwinden? Die Lösung der Arbeitslosenfrage steht im Mittelpunkt des Interesses der gesamten Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie benutzt die industrielle Reservearmee, die durch eine kärgliche Unterstützung und die Mißerfolge der Parolenschmiederei der Reformisten in einen Zustand der widerstandslosen Passivität verfallen ist, als drohendes Schreckgespenst gegenüber den noch in den Betrieben stehenden Arbeitern. Das riesige Arbeitslosenheer im Rücken, ist die Arbeiterschaft wehrlos den weiteren Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten ausgesetzt.

Dieser Verelendungsprozeß des Proletariats geht unaufhaltsam weiter bis zum völligen Untergang in der Barbarei, wenn nicht die Arbeitenden wie die Arbeitslosen zu der Erkenntnis kommen, daß die Arbeitslosigkeit ein Bestandteil der Krise der kapitalistischen Wirtschaftsweise und ein Ausdruck der Niedergangsepoche des Kapitalismus ist. Und wenn sie dadurch ihre Kampfmaßnahmen treffen. Die „Rationalisierung" ist ein Versuch, die Krise des Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln zu lösen. Der Widerspruch zwischen kapitalistischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten zwingt die Kapitalisten zu heftigstem Wettbewerb auf dem beschränkten Markte. Die Folge ist dabei die gesteigerte dreifache Ausplünderung der Arbeiterklasse: Raubbau an der Arbeitskraft, als Konsumenten durch das Kapitalmonopol und als „Staatsbürger" durch die Massensteuern. Doch die Wirtschaftskrise kann nicht mit kapitalistischen Mitteln behoben werden, denn sie ist ja durch den kapitalistischen Charakter der Produktion und Verteilung verursacht. Die kapitalistische Aneignung des Mehrwerts, einst der Hebel zum mächtigen Wachstum der gesellschaftlichen Produktionskräfte, ist heute zum Hemmnis für eine weitere Entwicklung geworden. Die kapitalistische Rationalisierung vermag wohl einer kleinen Schicht von kapitalistischen Monopolinhabern eine Profitmöglichkeit sichern auf Kosten der Not der breiten Massen der Arbeiter, sowie Kleinbürger und Kleinbauern. Damit wird die Krise nicht gelöst, die Arbeitslosigkeit nicht behoben.

Die im Laufe der kapitalistischen Entwicklung von der individuellen zur gesellschaftlich gewordenen Produktion muß von ihrer hemmenden kapitalistischen Hülle befreit werden. Der gesellschaftliche Produktionsapparat muß in gesellschaftliches Gemeineigentum übergehen. Erst dann ist eine planmäßige sozialistische Wirtschaftspolitik möglich, die die freie Entfaltung der Technik zum Wohle aller Menschen garantiert. Und nur so kann die Arbeitslosigkeit behoben werden, weil dann endgültig die im privatkapitalistischen Interesse erfolgte Trennung der Produzenten von den Produkten aufgehoben wird. Heute noch ein Mittel zur weiteren Verelendung des Proletariats, wird dann der technische Fortschritt und die Mechanisierung des Arbeitsprozesses ein Mittel zur freien Menschengemeinschaft sein, das es ihr ermöglichen wird, die Naturkräfte um so leichter in ihren Dienst zu stellen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die Rationalisierungsmaßnahmen muß darum ein Kampf für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft sein. Die Arbeitslosenfrage kann nur durch die proletarische Revolution gelöst werden. Ebenso kann der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung nur erfolgreich sein, wenn er sich über die gewerkschaftlich-reformistischen